

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

77. Sitzung
26. August 2026

Beginn: 09.35 Uhr
Schluss: 12.03 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU- Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0134](#)
BuEuMe
**Berlins Kampf gegen Desinformation – Die Rolle der
Medienaufsicht**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Zu der Anhörung möchte ich an dieser Stelle unsere Gäste ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie da sind und mit uns diskutieren wollen. Das ist Frau Dr. Eva Flecken, die Direktorin der Medienanstalt. Sie waren schon öfter hier. Insofern wieder herzlich willkommen! Dann haben wir Frau Elena Kountidou von den Neuen deutschen Medienmacher*innen e. V. Sie ist da die Geschäftsführerin. Auch Ihnen ein ganz herzliches Willkommen! Dann haben wir als Dritten Herrn Prof. Dr. Christoph Neuberger. Er ist wissenschaftlicher Geschäftsführer beim Weizenbaum-Institut e. V. Auch Ihnen ein ganz herzliches Willkommen! Der Ablauf ist so, dass wir zunächst eine Begründung der einreichenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hören. Dann fragen wir den Staatssekretär, ob er an der Stelle etwas beitragen möchte, dann würde er sich später melden. Das bedeutet, dann sind Sie am Zug und könnten in einem Eingangsstatement im Bereich von jeweils fünf Minuten Ihre Sicht auf die Dinge hier darlegen. Dann machen wir eine Fragerunde der Damen und Herren Abgeordneten, und dann schieben wir irgendwann den Senat dazwischen. In einem abschließenden zweiten Statement können Sie dann die Fragen versuchen zu beantworten. Die müssten Sie sich merken oder aufschreiben, je nachdem.

Ich will insbesondere mit Blick auf die Damen und Herren Abgeordneten sagen: Wir haben heute sehr viel vor. Ich hatte das eingangs schon erwähnt, auch bei diesem Tagesordnungspunkt. Wir haben ihn von 10 bis 11 Uhr geplant. Es ist jetzt schon kurz nach, also sprechen Sie schneller und nicht so lange. Überlegen Sie sich konkrete Fragen. Ich denke, wir bekommen das alles hin. – Dann beginnt es mit der Begründung für Bündnis 90/Die Grünen. Ich soll noch klären – vielen Dank für den Hinweis –, dass wir ein Wortprotokoll machen. Das ist auch für diese Anhörung sinnvoll. Dann geht es los mit der Begründung. – Frau Ahmadi für Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Vorsitzender! – Auch Ihnen allen vielen Dank, dass Sie heute hier sind, um dieses wichtige Thema mit uns zu diskutieren, nicht zuletzt, weil wir in weniger als vier Wochen die Berlin-Wahlen haben und wissen, was im Vorfeld der Wahlen immer wieder an gezielten Falschinformationen, also Desinformationen, gesetzt wird. Wir erleben in den letzten Jahren immer häufiger solche Kampagnen, gezielte politische Falschinformationen, ob es nun gesundheitliche Themen sind wie [unverständlich] zu Beginn der Coronazeit oder die Bettwanzenplage in Paris oder Autosabotagen im Vorfeld von Bundestagswahlen 2025, und der weltweit bekannteste Fall und die Folgen von Desinformation sind die Desinformationskampagnen, die im Vorfeld des Brexit stattgefunden haben.

Allerdings haben wir auch eine Zeit von sozialen Medien, in der sich diese Desinformationen in einem Tempo verbreiten, wie wir es vorher nie kannten und es auch gar nicht möglich war,

dass sich diese Informationen so schnell verbreiten. Irgendwie fühlen sich gerade die demokratischen Staaten, als wären sie machtlos gegen diese Kampagnen, sowohl im Inland von bestimmten Parteien, die das auch als politisches Ziel gesetzt haben, damit die Gesellschaft zu spalten, aber auch die ausländischen Autokraten, die gezielt solche Informationen verbreiten, um die Gesellschaft in unseren Demokratien zu spalten und ihre politischen Ziele umzusetzen. Also fühlen sich viele Demokratien gerade etwas machtlos. Ich bin aber überzeugt, dass wir nicht machtlos sind. Wir haben ganz viele Instrumente. Eines der wichtigsten Instrumente ist die Medienaufsicht, ich bin sehr dankbar, dass Sie heute da sind, aber auch die digitale Medienkompetenzbildung, was leider in den letzten Jahren vor allem für Erwachsene etwas unter den Radar gegangen ist. Wir sprechen sehr viel über Medienkompetenzbildung von Kindern und Jugendlichen, und das es sehr wichtig, aber von Erwachsenenbildung ist wenig die Sprache. Daher freue ich mich, Ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen, ob es die Mehrsprachigkeit ist, die Rolle von öffentlich-rechtlichem Rundfunk oder von privaten Medien und Medienaufsicht, zu hören und die konkreten Fragen dann im Nachhinein zu stellen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann springen wir jetzt zu den Damen und Herren Anzuhörenden! Ich gehe im Allgemeinen von links nach rechts, nach dem Alphabet. Wenn das für Sie in Ordnung ist, machen wir das so. Wir können es dann bei der zweiten Runde auch rückwärts machen. Da sind wir dann flexibel. Dann würde Frau Dr. Flecken jetzt beginnen. – Bitte schön!

Dr. Eva Flecken (Medienanstalt Berlin-Brandenburg – mabb –; Direktorin): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Vielen Dank für die Einladung! In der Tat haben wir es hier mit einem Tagesordnungspunkt von besonderer Bedeutung zu tun. Laut einer Umfrage des Branchenverbandes Bitkom, das ist Ihnen bestimmt bekannt, aus diesem Jahr, sagen neun von zehn Befragten, dass sie im Netz, also im Internet schon mal mit Falschinformationen in Kontakt gekommen sind. Ich glaube, das geht uns allen so, und allen sind auch schon Deepfakes über den Weg gelaufen. Da bin ich sehr sicher. Das Thema ist also akut im Vorfeld der Wahlen, aber auch darüber hinaus.

Ich möchte zunächst einmal deutlich machen, dass ich glaube, dass bei diesem Thema, wenn es um den Kampf gegen Desinformation oder Schutz unseres öffentlichen Kommunikationsraumes geht, um dem Ganzen mal einen etwas anderen Dreh zu geben, nicht die Regel gilt: Viele Köche verderben den Brei. Ich glaube, das gilt hier ganz ausdrücklich nicht. Viele Köche verderben auf gar keinen Fall den Brei, solange allen Köchen klar ist, welches Rezept sie zu kochen haben, wofür sie zuständig und was ihre Kompetenzen sind. Das heißt, wir brauchen gerade bei diesem Thema, also dem Schutz und der Integrität unseres öffentlichen Kommunikationsraumes, vor allen Dingen ein Ineinandergreifen von unterschiedlichen Behörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, statt eines Kompetenzgerangels, und das sage ich durchaus selbstkritisch, das man manchmal gerade im Kontext von Gesetzgebungsverfahren beobachten kann.

Welche Rolle die Medienanstalten bei diesem Thema spielen, darf ich Ihnen heute erzählen. Richtigerweise hat diese Medaille zwei Seiten für uns. Auf der einen Seite geht es um Regulierung, aber auch um das Thema der Prävention für die Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Was machen wir im Bereich der Regulierung? – Das ist jetzt ein Schnelldurchlauf. Das sage

ich vorweg. Ich freue mich über Fragen, die Sie dann vielleicht im Nachhinein auch noch mal etwas dezidierter aufwerfen.

Erstens: Wir sorgen dafür, dass Sie alle, wir alle erkennen, was Werbung und was redaktioneller Teil ist. Das ist das sogenannte Trennungsgebot. Das gibt es seit jeher. Das ist ein Teil der Regulierung, wenn es darum geht, den öffentlichen Kommunikationsraum zu schützen.

Zweitens: Es gibt zahlreiche medienrechtliche Vorgaben zum Thema politische Werbung. Politische Werbung ist im Rundfunk und auch beispielsweise in Podcasts verboten, allerdings werden bei Instagram spezielle Kennzeichnungspflichten benötigt. Auch dafür sind wir zuständig.

Drittens: Wir kümmern uns darum, dass Wahlkämpfe, und damit meine ich die Wahlwerbung, fair ausgestaltet sind. Parteien haben einen chancengleichen Zugang beispielsweise zu TV- oder Radiospots. Auch dafür sind wir zuständig.

Viertens: Wir kümmern uns um das Impressum. Jetzt fragen Sie sich vielleicht: Was hat denn das Impressum damit zu tun, wenn wir über den Kampf gegen Desinformation sprechen? – Eine ganze Menge, denn es ist selbstverständlich wichtig für uns alle zu verstehen, wer beispielsweise hinter einem Onlinemedium steckt, wer verantwortlich dafür ist. Viele von Ihnen haben sicherlich von den sogenannten Doppelgänger-Kampagnen gehört. Da spielt das Impressum übrigens auch eine ganz besondere Rolle, und das erlaubt es uns, als Medienanstalten tätig zu werden.

Fünftens: Wenn wir über Desinformation sprechen, müssen wir zugleich auch über Information sprechen, denn Information ist das beste, oder ein effektives Mittel zumindest, gegen Desinformation. Deswegen hat der Gesetzgeber, und das sind Sie im Falle des Medienrechts, mit den anderen 15 Landtagen und Landesparlamenten dafür Sorge getragen, dass wir feststellen, welche Medienangebote einen Public-Value-Status erhalten, und diese sind besonders auffindbar, nicht nur auf klassischen TV-Geräten, sondern zum Beispiel auch in Ihrem Auto, im Car-Entertainment-System.

Ich möchte, sechstens, anbringen, wofür wir noch nicht zuständig sind, aber was vielleicht eine ganz gute Idee wäre, sich mal ausgiebiger darüber zu unterhalten. Vielleicht sollten wir uns auch, wenn es um Plattformökonomie geht, denn natürlich informieren wir uns alle heute ganz besonders über Social-Media-Plattformen, aber auch über KI-Chatbots, darüber unterhalten, welche Rolle die eigentlich bei einer Vielfaltssicherung haben, und vielleicht sollten wir uns mal über eine Digitalabgabe im Sinne einer Vielfaltabgabe unterhalten. Das wäre also eher ein sechstens für die Zukunft.

Lassen Sie mich hinsichtlich der regulatorischen Aufgaben und unseres regulatorischen Aufgabenportfolios noch ein Thema ansprechen, weil ich weiß, dass das heiß diskutiert wird und ehrlicherweise auch zu Recht, und zwar die Kompetenz der Medienanstalten im Bereich der journalistischen Sorgfaltspflichten. Aus guten Gründen sind wir bei diesem Thema alle sensibel. Damit meine ich Bürgerinnen und Bürger. Damit kann ich Ihnen aber, das versichere ich, auch die Medienaufsicht sagen: Wer ein journalistisches Angebot in Deutschland macht, völlig egal, ob das im Rundfunk ist oder heute in Onlinemedien, hat gewisse journalistische Sorgfaltspflichten einzuhalten. Was war da der Gedanke des Gesetzgebers? – Wir alle trauen

und vertrauen Journalisten mehr als vielleicht einer Privatperson. Aus diesem Grund gibt es von jeher journalistische Sorgfaltspflichten. Im Printbereich ist der Deutsche Presserat in Form der Selbstregulierung zuständig. Bei den Öffentlich-Rechtlichen sind es die öffentlich-rechtlichen Gremien, und im Bereich der privaten Medien sind es die Landesmedienanstalten. Auch dieser Baustein ist ein Baustein von vielen verschiedenen, wenn es um das Thema Regulierung geht.

Was machen wir nun im Bereich der Prävention – die zweite Säule? – Wir fördern. Was fördern wir? – Wir fördern Lokaljournalismus, nicht zuletzt mit Mitteln, die das Land Berlin bereitstellt, in unserem Fall auch das Land Brandenburg. Wir fördern die Informations- und Nachrichtenkompetenz. Frau Ahmadi hat das in Ihrem Eingangsstatement und die Bedeutung dieses Themas hervorgehoben. Das machen wir zweiteilig, einmal vor Ort. Ich glaube fest daran, kein Mensch kommt in die mabb am Hackeschen Markt. Warum auch? Wir müssen dort hingehen, wo die Leute sind, und das machen wir. Wir sind im letzten Jahr mit unserem Medienparcours durch Berlin und Brandenburg gereist und knapp 10 000 Menschen – ich sehe schon, der Vorsitzende wird nervös, ich bin fast am Ende, Herr Vorsitzender, ich verspreche es Ihnen – erreichen können. Wir machen es aber auch niedrigschwellig digital. Wir haben mit unserem Newstest bereits über eine Millionen Userinnen und User. Ich glaube, im Bereich der Informations- und Nachrichtenkompetenz müssen wir uns breit aufstellen.

Abschließend kann man sagen: Alles ist gut. – Nein, auf keinen Fall. Nicht alles ist gut. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir gerade mit Blick auf zukünftige Gesetzgebungsverfahren, der digitale Medienstaatsvertrag ist schon angesprochen worden, auch die audiovisuelle Mediendienstrichtlinie steht an, uns noch mal darüber unterhalten, welche Gesetzeslücken es eigentlich gibt und wie man diese schließen könnte. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Es geht gleich weiter mit Frau Kountidou.

Elena Kountidou (Neue deutsche Medienmacher*innen e. V.; Geschäftsführerin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Auch ich danke für die Einladung! Vielleicht ein paar Worte vorab: Ich spreche aus meiner Perspektive als Geschäftsführerin der Neuen deutschen Medienmacher*innen. Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der sich seit 18 Jahren mit Sitz in Berlin für mehr Vielfalt in den Medien, gegen Hass im Netz und Desinformation einsetzt. Wir haben 750 journalistische Mitglieder und arbeiten an der Schnittstelle von Journalismus, Zivilgesellschaft und Migration. Frau Dr. Flecken hat schon vieles gesagt, und wir haben gleich die Expertise von Herrn Prof. Dr. Neuberger zum Thema Desinformation zu dem Phänomen. Deshalb beschränke ich mich darauf, nur zwei Sätze zu sagen. Wir haben nicht so viel Zeit. Es ist ein komplexes und dynamisches Phänomen Desinformation, und das macht es auch so komplex und schwer zu fassen. Wir als journalistischer Verein sehen das genauso wie Frau Dr. Flecken. Es werden eine Vielzahl an ineinandergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung benötigt. Unser Fokus liegt dabei stark auf der Förderung der Akzeptanz verlässlicher Information.

Ich möchte gerne einen Blick auf Berlin richten. Sie kennen alle die Zahlen. Nur noch ganz kurz: Über 40 Prozent der Menschen hier haben eine Migrationsgeschichte. Der Mikrozensus zeigt, etwa die Hälfte von ihnen sprechen zu Hause neben Deutsch eine zweite Sprache, ein Viertel spricht nicht Deutsch zu Hause und ein Viertel ausschließlich Deutsch. So sind in et-

wa grob die Zahlen. Natürlich ist es wichtig, Deutsch ist die Amtssprache, und es sollte das Ziel sein, dass alle Menschen Deutsch sprechen, wir müssen aber die sprachliche Realität in Berlin, wenn es um die Bekämpfung von Desinformation geht, immer mitdenken.

Mit ist wichtig, zu sagen: Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind nicht per se anfälliger für Desinformation, komplexer ist aber die fragmentierte Information als Landschaft. Informationen zirkulieren mehrsprachig, transnational und oft in privaten, geschlossenen Messenger-Gruppen, und das macht das Monitoring sehr schwer. Es gibt aktuell sehr wenig Forschung zum Thema Desinformation in migrantischen Communities in Deutschland. Das 2026 gestartete Forschungsprojekt kuKI vom Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe hat aber bereits eine zentrale Forschungslücke aufgezeigt, nämlich dass sich die Analyse in der mehrsprachigen Gesellschaft auf Deutsch konzentriert, sodass sprachliche und kulturell codierte Narrative von gängigen Analyseverfahren übersehen werden können. Das können zum Beispiel antisemitische Narrative oder Narrative aus dem Ausland sein, die ganz konkret für eine sprachliche Community ausgespielt werden.

Wie real dieses Problem ist, zeigt eine Facebook-Feldstudie aus dem Jahr 2022 mit etwa 900 000 arabisch-, türkisch- und russischsprachigen Nutzerinnen und Nutzern. Die haben am öftesten übersetzte Inhalte angeklickt als die deutschsprachigen. Was folgt also daraus für Berlin? – Mehrsprachigkeit sollte auf jeden Fall als fester Bestandteil jeglicher Strategien mitgedacht und nicht irgendwann nachträglich ergänzt werden.

Ich habe zum Abschluss noch sieben Empfehlungen aus unserer Arbeit mitgebracht. Die erste ist, mehrsprachige Angebote im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken. Das ist deshalb so wichtig, weil, wir kennen die Diskussion, es danach aussieht, dass der einzige mehrsprachige Sender COSMO eingestellt wird, das heißt, wir brauchen hier auf jeden Fall eine mehrsprachige Strategie im rbb, die weiterentwickelt werden muss. – Zweitens, sicherlich für uns als journalistische Perspektive eine wichtige Maßnahme, ist die Pluralität der Qualitätsmedien zu stärken und hochwertige, aber auch perspektivenreiche Berichterstattung, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen abholt. Wenn wir diese haben, dann bleiben populistische Narrative und Desinformationen nur eine Stimme und nicht die lauteste. – Diversität und Mehrsprachigkeit muss in Redaktionen gestärkt werden. Das ist aktuell in Berlin nicht der Fall, denn diverse Teams erkennen früher Desinformationsnarrative. Wir glauben – das hat Frau Flecken auch schon angesprochen –, Dialog und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sind sehr wichtig in puncto Medienvertrauen. Wir brauchen mehr Formate, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in Berlin einbeziehen und die Transparenz erhöhen. Wir glauben, dass eine unabhängige wissenschaftlich fundierte Einrichtung sehr relevant ist, die monitort, Forschung und Gegenstrategien bündelt, aber genauso wichtig ist, dass sie in engem Austausch mit Journalismus der Berliner Zivilgesellschaft und Tech-Expertinnen und Tech-Experten arbeiten. Medienkompetenzprogramme und sogenannte Prebunking-Strategien und Kampagnen sollten in Berlin bewusst und gezielt mehrsprachig mitgedacht werden. Der letzte Punkt, der bereits angeklungen ist, der natürlich sehr relevant ist, ist die Plattformregulierung. Wir brauchen eine Infrastruktur für Glaubwürdigkeit, und das geht nur durch das Zusammenwirken von Journalismus, Wissenschaft und einer starken pluralen Zivilgesellschaft, und dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Last but not least, Herr Prof. Dr. Neuberger!

Dr. Christoph Neuberger (Weizenbaum-Institut e. V.; Wissenschaftlicher Geschäftsführer): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich vertrete hier die Wissenschaft, das Weizenbaum-Institut und werde der Versuchung widerstehen, in der knappen Zeit die Forschung zu breit auszufächern. Wir hatten gerade eine schriftliche Stellungnahme für den Thüringer Landtag verfasst. Sie sehen, es gibt auch andere Länderparlamente, die sich mit dieser Frage beschäftigen, die wir demnächst veröffentlichen werden, wo Sie im Detail das nachlesen können, was ich hier nur kurz anreißen kann. Ich werde zunächst das Phänomen Desinformation kurz skizzieren, auch deshalb, weil es sich fortlaufend verändert, die Erscheinungsformen und auch die Wirkungen, weshalb man ein dauerhaftes Monitoring betreiben muss. Es geht hierbei um beabsichtigte, auf Schädigung abzielende Falschinformation, meist mit politischer Wirkungsabsicht, häufig auch koordinierte Maßnahmen. Demokratische Öffentlichkeiten stehen vor dem Dilemma, dass sie möglichst frei, offen und vielfältig sein sollen, auf der anderen Seite damit aber gerade die Möglichkeiten schaffen, diese Funktion auszuhebeln und, wenn man nicht den Willen hat, zur Aufklärung und Konsensbildung beizutragen, sondern wenn es darum geht, den Diskurs zu schädigen oder Konflikte eskalieren zu lassen. Die Erscheinungsformen sind in einem stetigen Wandel. Sie sind vielfältig, dynamisch und schwer eingrenzbar. Es geht nicht nur um völlig erfundene Falschinformationen. Es geht um Halbwahrheiten, das Weglassen von Informationen, falsche Kontexte, und gerade diesen subtileren Formen wird unterstellt, dass sie effektiver sind als die blanken Unwahrheiten.

Wir haben es nun vor allem durch generative KI in letzter Zeit mit visuellen, auditiven und auch interaktiven Formen der Desinformation zu tun. KI erhöht die Reichweite, Tempoanpassungsfähigkeit und auch den Wahrheitseindruck von Desinformation. Das ist eine Frage, mit der wir vor allem bei Wahlkämpfen sehr stark konfrontiert sind. Die empirische Evidenz ist hier noch gering. Man kann allerdings, das zeigt eine neue Meta-Studie, sehen, dass vor allem KI-generierte Texte zunehmend glaubwürdig und als präzise wahrgenommen werden, interessanterweise nicht die visuellen Darstellungen. Da scheint der begleitende Diskurs doch zu einem kritischen Bewusstsein geführt zu haben.

Eine weitere Möglichkeit ist die Radikalisierung durch Konversation mit KI-Chatbots. Auch dazu gibt es eine neue Studie, die zeigt, dass es durchaus möglich ist und dass die unterschiedlichen Modelle unterschiedlich damit umgehen, teils eskalierend, teils deeskalierend. In den aktuellen Landtagswahlkämpfen haben wir viel mit Kurzvideos auf X zu tun, wo es um persönliche Diskreditierung geht, die Doppelgänger-Medien-Websites, die bereits angesprochen worden sind. Die Verbreitung der Desinformation lässt sich nicht ohne weiteres messen. Befragungen geben hier nur bedingt Auskunft, weil es gerade darum geht, Menschen zu täuschen, dass sie gar nicht merken, dass sie es mit Desinformation zu tun haben. Man weiß aber, dass wenige Top-Akteure, einflussreiche politische Influencer, aber auch die klassischen Medien erheblich zur Verbreitung beitragen können.

Wirkungsnachweise von Desinformation sind auch nicht ohne weiteres zu führen. Man geht davon aus, dass sie nicht direkt in der Lage sind, Wahlausgänge zu beeinflussen, sondern dass sie eher dazu beitragen, eine allgemeine Verunsicherung zu schaffen, dass man nicht mehr recht weiß, welchen Quellen kann man eigentlich noch vertrauen, und dass es überhaupt einen Verlust an Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse geben kann, die häufig Angriffsziel sind von Desinformation. Die Hälfte der Befragten, das zeigt eine neue repräsentative Studie, sagt, dass man Bedenken habe, zwischen Fakten und Falschmeldungen unterschei-

den zu können. Das sagt der Digital News Report. Fatalerweise kann gerade auch die kritische Aufklärung und Desinformation dazu beitragen, dass die Bedrohung als zu pauschal, als zu dramatisch wahrgenommen wird. Auch da muss man sehr differenziert schauen. Die Verbreitung ist, wenn man es auf das gesamte Internet bezieht, gar nicht so hoch im Promillebereich. Es gibt eine klare Fokussierung auf bestimmte Ereignisse wie Wahlkämpfe oder auch Konflikte. Die Menschen sind nicht naiv und leichtgläubig. Das zeigen auch Vertrauenswerte, wo die Werte für soziale Medien und KI-Chatbots, was die Glaubwürdigkeit angeht, sehr niedrig sind. Man muss also hier das richtige Maß finden und differenziert und evidenzbasiert analysieren. Ganz wichtig und im Moment auch nur bedingt ablesbar sind die langfristigen, strukturellen Wirkungen, die Erosion etablierter Wissensordnungen, die Anerkennung epistemischer Autoritäten, Journalismus, Stichwort Lügenpresse, oder auch der Wissenschaft, die sich langfristig auswirken kann.

Schließlich in der verbleibenden Zeit zu den Maßnahmen: Wie Frau Flecken schon gesagt hat, ist die Pluralität voneinander unabhängiger Einrichtungen sehr wichtig zur Prüfung und Einordnung von Informationen. Dazu gehören Qualitätsjournalismus, Non-Profit-Organisationen, die Fact-Checking betreiben, also die kritische Öffentlichkeit selbst, die Plattform- und KI-Unternehmen, denen die Mitverantwortung entzogen werden sollen, Medienaufsicht, Justizbildung und Wissenschaft. Hier gibt es, vor allem, was rechtliche Sanktionen angeht, Abwägungsprozesse mit der Meinungs- und Medienfreiheit. Die Medienaufsicht hat eine ganz herausragende Stellung. Es geht hier um viele Medien mit journalistisch, redaktionell gestalteten Angeboten und Sorgfaltspflichten, weil die Medienaufsicht damit vor allem die reichweitenstarken politischen Influencer im Blick hat, die ganz wesentlich zur Verbreitung beitragen.

Medienkompetenzförderung als weitere Aufgabe der Landesmedienanstalten ist sehr wichtig, wie überhaupt generell das Bildungssystem angesprochen ist, auch die Frage, wie in der Schule auf den Umgang mit KI und sozialen Medien vorbereitet wird, und schließlich sollten glaubwürdige Quellen gestärkt werden. Es geht also nicht nur darum, Desinformation abzuwehren, sondern bessere Alternativen zu schaffen. Aufgrund der hohen Dynamik dieses Phänomens ist ein fortlaufendes Monitoring wichtig, wie etwa das Center of Monitoring, Analyse und Strategie, hier in Berlin. Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Einrichtungen, die sich damit beschäftigen. Man muss natürlich diese Maßnahmen selbst wiederum evaluieren. Das haben wir in unserem Papier zum Thüringer Landtag ausführlich dargestellt. Inwieweit funktionieren Fact-Checking und Richtigstellung, auch das sogenannte Prebunking, dass man also quasi im Vorhinein schon sensibilisiert für Falschinformation.

Auch was die Verbesserung der Medienkompetenz angeht, gibt es mittlerweile viel Evidenz, wie man die richtig anstellt. Die Wissenschaft, die ich hier vertrete, sollte all diese Aspekte im Blick haben.

Zusammengefasst: Notwendig ist ein vielfältiger, abgestimmter und evidenzbasierter Umgang mit Desinformation, wobei man über die akuten Bedrohungen hinaus auch die langfristigen und systemischen Effekte im Blick haben muss.

Zu Berlin: Ich glaube, Berlin hat hervorragende Voraussetzungen für viele dieser Maßnahmen, könnte auch eine Art Modellregion für die Umsetzung sein, wenn man auf die Zivilgesellschaft schaut, auf NGOs, die re:publica als Diskursort, das Land Berlin mit dem CityLAB belebt, die Initiative „Gemeinsam Digital: Berlin“, die Jahreskonferenz im September zum Thema „Die resiliente Stadt“, wo das Thema Desinformation natürlich auch eine Rolle spielt, im Bereich Wissenschaft die „Forschungspolitische Strategie Berlin“, die sich mit gesellschaftlicher Transformation und KI beschäftigt, die BUA, die sich als Thema vorgenommen hat Wissensgenerierung im Digitalen, der Exzellenzcluster SCRIPTS, der gerade eine Community of Practice zu Desinformation gegründet hat und schließlich das Weizenbaum-Institut, an dem wir sehr intensiv Forschung betreiben über das Desinformation mit KI, koordinierte Manipulation und Nachrichtenqualität und auch eng vernetzt sind im Dialog, im Transfer mit vielen Berliner Einrichtungen, wo wir gerne bereit sind, eine zentrale Rolle zu übernehmen. – Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Fragen!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann machen wir jetzt eine Fragerunde. Dazu habe ich schon verschiedene Wortmeldungen hier auf der Liste, und ich will noch mal an das Kurzfassen appellieren. – Es beginnt Herr Dr. King, der fraktionslose Abgeordnete.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Vielen Dank! – Ich habe eine Vorbemerkung und dann drei Fragen. Erst mal will ich sagen: Ich bin ganz froh, dass Sie, Herr Prof. Dr. Neuberger, das Thema etwas, ich sage mal, auf ein Realmaß gebracht haben, weil ich finde, die Debatte wird manchmal ein bisschen hysterisch und auch politisch instrumentell geführt. Natürlich kann man als Beispiele für Desinformation die Brexit-Kampagne nehmen, man könnte aber zum Beispiel auch die Grünekampagne vor der Bundestagswahl nehmen, wo die Grünen behauptet haben, das BSW würde Geld aus Moskau bekommen. Gott sei Dank haben da Gerichte – – [Zuruf] – Ja, genau! Du trägst es weiter. Danke! – Es ist allerdings gerichtlich geklärt, dass man so etwas nicht mehr vertreten darf. Das war auch eine Desinformationskampagne. Man könnte auch die gezielten Angstkampagnen im Zusammenhang mit Corona nennen, wenn man heute die RKI-Protokolle vom Krisenstab gegen das legt, was damals teilweise behauptet und verbreitet wurde, auch von der Politik, auch in sogenannten Qualitätsmedien. Es ist nicht so, dass irgendjemand ein Monopol darauf hätte, Desinformation zu verbreiten.

Mich würden drei Sachen ganz konkret interessieren, erstens: Sie, Frau Dr. Flecken, haben vorhin angesprochen, dass neun von zehn Befragten, wenn ich das richtig verstanden habe, schon mal das Gefühl hatten oder darauf aufmerksam wurden, dass sie mit falschen Informationen in Kontakt gekommen sind. Habe ich das richtig verstanden? Das ist ja ganz schön viel. Da könnte man sagen, oh, es gibt so viele falsche Information, oder man könnte sagen, die Leute sind ganz schön pfiffig, dass sie das merken. Es könnte auch für eine hohe Sensibilisierung für das Thema sprechen und für eine sehr hohe Mündigkeit der Bürger im Umgang

mit dem, was ihnen so an Informationen oder auch Falschinformationen begegnet. Mich würde interessieren, wie Sie diesen Befund einordnen.

Das Zweite ist: Es war jetzt mehr die Rede, und das finde ich gut, von der journalistischen Sorgfaltspflicht, auf die es zu achten und die es natürlich auch zu überwachen gilt und nicht so sehr – Was man hier teilweise hört, da hat man das Gefühl, es geht darum, dass Sie entscheiden sollen, was die Wahrheit und was nicht die Wahrheit ist. Ich finde, es gibt einen politischen Druck, der in die Richtung geht, dass die Landesmedienanstalten so eine Art Wahrheitsministerium werden sollen, und das fände ich eine schlechte Entwicklung. Da würde mich mal interessieren, wie Ihre Perspektive darauf ist, denn das versteckt sich ein bisschen hinter dem Begriff „Kampf gegen Desinformation“. Also wir bestimmen, was Desinformation und was wahre Informationen ist, und irgendjemand muss dann entscheiden, was überhaupt noch gesendet werden darf und was nicht.

Das bringt mich zu der letzten Frage: Sie haben vorhin dieses Public-Value-Prinzip erwähnt. Das ist in den letzten Monaten in die Diskussion gekommen, weil das eine größere Rolle gespielt hat bei der Vorbereitung des „Digitale Medien-Staatsvertrags“. Mich würde nur interessieren: Wo wird das schon angewandt? Wo soll es künftig angewandt werden, und wie funktioniert das eigentlich genau? Wer bestimmt aufgrund welcher Kriterien, was einen öffentlichen Mehrwert hat und was nicht, und was hat denn Ihrer Meinung nach einen öffentlichen Mehrwert?

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt geht es weiter mit Frau Ahmadi für Bündnis 90/Die Grünen.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Angriffe auf die Medienanstalten und auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kennen wir. Die kommentiere ich jetzt erst mal nicht. Ich habe ganz konkrete Fragen, und zwar haben Sie bereits einige konkrete Maßnahmen gesagt, aber welche sehen Sie zusätzlich als die wichtigsten, um eine gesellschaftliche Medienkompetenz der Berlinerinnen und Berliner zu stärken?

Die nächste Frage ist: Welche Gefahren sehen Sie in Bezug auf die Wahl im September, die uns in vier Wochen bevorsteht, und wie kann man auf die KI-basierten, das haben Sie im Vorfeld erwähnt – jetzt kommt ein Zitat von CORRECTIV – „Hetzmaschinen“ wie Alternita Studio eingehen, und welche Rolle spielen solche automatisierten Beeinflussungsmaschinen Ihrer Meinung nach bereits im öffentlichen Diskurs?

Für Xi Jinping ist die öffentliche Meinung ein Schlachtfeld, auch außerhalb Chinas. Ich habe deshalb die Frage: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach chinesische Kampagnen und, ganz bekannt in den letzten Wochen und Monaten, die sogenannten China-Influencer in den sozialen Medien mittlerweile im öffentlichen Diskurs in Deutschland?

An den Senat hätte ich auch noch ein paar Fragen, und zwar, welche Vorkehrungen treffen Sie denn aktuell im Vorfeld der Wahlen, um Einflussnahme und oder eventuelle Desinformationskampagnen zu verhindern oder frühzeitig zu erkennen? Welche Schritte geht der Senat, um das geltende europäische Recht, wie zum Beispiel der AI Act oder DSA, auch in Berlin umzusetzen beziehungsweise in Berlin ansässige Unternehmen in die Pflicht zu nehmen? Verfügt der Senat über eine ressortübergreifende Sicherheits- oder Kommunikationsstrategie?

Reichen die bisherigen Maßnahmen der Berliner Verwaltung im Kampf gegen Desinformation, und wenn nein, welche Maßnahmen trifft der Senat für den Schutz sensibler Daten, Medienkompetenz und für die Wahlen im Vorfeld? Natürlich, das haben Sie vorhin schon gesagt, ist nur eine informierte Gesellschaft auch eine resiliente Gesellschaft. Der Hauptpunkt beim Thema Desinformation ist natürlich: Wie informiert ist unsere Gesellschaft, und woher beziehen sie ihre Informationen?

Eine Frage gezielt an Sie, Herr Neuberger: Sie haben zwei Veröffentlichungen des Weizenbaum-Instituts angesprochen, einmal das Statement für den Thüringer Landtag und die relevanten Forschungen zum Thema Medienkompetenzbildung. Können Sie uns die zur Verfügung stellen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt geht es weiter mit Herrn Eschricht für die AfD-Fraktion.

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Seite vielen Dank an die Anzuhörenden! Meine Fragen an Frau Dr. Flecken wären: Sie haben zwei Jahre lang als mabb-Direktorin Zulassungen mitverantwortet und als ZAK-Vorsitzende zugleich über die Beanstandungen entschieden. Sind Sie damit nicht Anklägerin und Richterin in Personalunion? Was im letzten Jahr viel durch die Presse ging, ist: Sie haben bei der Eskalationsleiter der Möglichkeiten im Instrumentenkasten der mabb von bis zu einer Sperrung eines ganzen Angebots gesprochen. So haben Sie das skizziert. Der Medienstaatsvertrag sieht aber kein generelles Verbot journalistischer Angebote vor. Drohen Sie da öffentlich mit einem Mittel, das rechtlich gar nicht vorhanden ist? Ist das schon der Chilling Effect, die Wirkung, die Einschüchterung, die erwünscht ist?

Im Fall von NIUS, ich glaube, das ging auch viel durch die Presse, beanstanden Sie ein publizistisches Angebot. Können Sie mir in Ihrer Amtszeit ein Medium nennen, bei dem Sie in derselben Härte gegen ein linkes oder etabliertes Angebot vorgegangen sind, und wenn Ihnen keines einfällt, was sagt das über die Neutralität Ihre Aufsicht?

Zuletzt: Ihre Behörde wird auch aus dem Rundfunkbeitrag finanziert, und der Medienrat hat Sie vor einem Jahr, vor Ablauf, für weitere fünf Jahre bestätigt. Ist das wirksame demokratische Kontrolle einer Instanz, die über die Zulässigkeit von Journalismus richtet, oder die Selbstvergewisserung eines geschlossenen Systems?

Meine Frage an Frau Kountidou, ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen, vom Verein Neue deutsche Medienmacher*rinnen: Ihr Verein lebt zu erheblichen Teilen von Bundesförderungen und gibt Redaktionen zugleich Formulierungshilfen an die Hand. Ist das nicht genau das, was die Verfassung verhindern möchte, mittelbarer staatlicher Einfluss auf den Sprachgebrauch freier Presse, und wer hat Sie legitimiert, die Sprache des Journalismus zu normieren und in dieser Weise zu versuchen, auf den Diskurs Einfluss zu nehmen?

Was mich immer interessiert, ist Ihre Kampagne gegen Hatespeech. Hass klingt ja sehr eindeutig, aber die Kampagne kommt ursprünglich aus Amerika mit dem Kontrast Freespeech/Hatespeech. Ich habe nie so richtig verstanden, was Hatespeech sein soll, weil es Strafgesetzeparagraphen gibt, Verleumdung, Volksverhetzung, Beleidigung. Da schien das immer unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu sein. Hass im Netz klingt, wie gesagt, eindeutig. Aber wo

zieht Ihr Verein die Grenze zwischen strafbarer Volksverhetzung und einer bloßen, scharfen, unbequemen, aber legalen Meinung, und wer kontrolliert, dass diese Grenze nicht nur eigenen politischen Bequemlichkeiten dient?

Zuletzt meine Frage an Herrn Prof. Neuberger: Mir schien immer in der Debatte um Public Value, dass es doch da auch um eine inhaltliche Wertung geht. Wenn am Ende die staatsnahen Landesmedienanstalten festlegen, welche Inhalte algorithmisch bevorzugt werden, ist das nicht eine staatliche Rangordnung von Legitimität, die der Staatsferne widerspricht? Ebenso wie Herr Dr. King würde ich gerne wissen: Nennen Sie ein Kriterium, das eine solche Vorentscheidung legitimiert. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Weiter geht es mit Frau Helm für die Linksfraktion. – Bitte schön!

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Wir haben ein sehr komplexes Thema hier an manchen Stellen nur andiskutieren können, aber ich finde es trotzdem eine interessante Anhörung. Auch die Fragen des Vorredners geben Ihnen jetzt die Möglichkeit, noch mal die Grundzüge der journalistischen Sorgfaltspflicht zu erläutern. Ich finde, das war, was das angeht, durchaus ein Lehrstück, weil wir die Methodik der geschlossenen Frage hier zum Beispiel sehr gut sehen konnten und ähnlichen Instrumenten, die durchaus eine enge Verknüpfung zu unserem Besprechungsgegenstand heute haben. Aber das ist nur von mir aus eine Feststellung.

Ich möchte ein paar anschließende Fragen stellen. Herr Dr. Neuberger, Sie haben uns sehr neugierig gemacht auf Ihre Publikation, die ich natürlich sehr gerne lesen würde, aber vielleicht können Sie uns schon einen Teaser geben. Sie haben gesagt, Sie haben untersucht, wie effizient Methoden wie Debunking und Fact Checking sind. Vielleicht können Sie uns einen kleinen Teaser geben, was in Grundzügen die Ergebnisse sind. Lohnt es sich, auf diese Instrumente zu setzen, oder ist es relevanter, alternative Angebote zu fördern? Was sagen da die wissenschaftlichen Erfahrungen? Das würde mich interessieren.

Frau Kountidou, Sie haben uns Ihre Forderungen in Kürze vorgestellt, und ich habe dabei herausgehört, dass nicht alle davon sich an Politik oder die Aufsichtsbehörden richten. Deswegen von mir noch die Nachfrage: Welche von Ihren Ansätzen und Forderungen beziehen sich eher auf Zivilgesellschaft oder kommerzielle journalistische Angebote selbst? Was wären dort die Aufgaben, die an den Stellen noch zu bewältigen sind?

An Frau Dr. Flecken: Zum einen finde ich interessant, dass Sie die Debatte mit der Digitalabgabe verknüpft haben. Ich finde, das ist eine Debatte, die sich auch lohnen würde, noch mal zu vertiefen, aber ich freue mich, dass Sie hier die Gelegenheit genutzt haben, diese Debatte noch mal aufzuwerfen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme zum Eckpunktepapier der Novellierung des „Digitale Medien-Staatsvertrages“ gefordert, stärker auf die systematischen Mechanismen zu setzen und nicht nur die Kontrolle einzelner Angebote. Das betrifft natürlich auch die Intermediären und die Plattformen in besonderer Weise. Deswegen würde mich interessieren, welche zusätzlichen rechtlichen Instrumente die mabb aus Ihrer Sicht bräuchte, um den großen Plattformen an dieser Stelle entgegenzutreten zu können, was die Regulierung von diesen systematischen Mechanismen, die die Verbreitung und Effizienz von Desinformation stärken, angeht.

Dann noch meine Frage an den Senat, der bestimmt redefähig ist oder die Fragen notieren kann: Die anschließende Frage, ich habe sie an Frau Dr. Flecken gestellt, auch an den Senat, wo er noch rechtlichen Regelungsbedarf sieht, welche Möglichkeiten die Landesmedienanstalt bräuchte, um gerade im Bereich Transparenz und diskriminierungsfreien Zugang zur Vervielfältigung und Veröffentlichung durchsetzen zu können, aber auch Erreichung von Angeboten wiederum auf Konsumentenseite, ob es da noch weiterer rechtlicher Möglichkeiten bedarf, wofür sich Berlin eingesetzt hat? – Das war es von mir an dieser Stelle. Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt habe ich Herrn Goiny für die CDU-Fraktion auf der Liste.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank auch von unserer Seite für Ihre Ausführungen! Es ist in der Tat gut, dass wir uns diesem Thema hier heute widmen. Ich habe noch ein paar Fragen, auf die ich mich gleich konzentrieren möchte, und zwar: Welche Verstöße verzeichnet die mabb am häufigsten? Wie gehen Sie als Aufsichtsbehörde gegen Desinformation im Konkreten vor? Welche Medienkompetenzbildungsmaßnahmen haben sich aus Ihrer Sicht als am effektivsten erwiesen, und, eine Frage, die wir immer gern stellen, wo sehen Sie gegebenenfalls konkret eine Handlungsmöglichkeit und -spielraum für uns hier als Parlamentarier, für uns als Berliner Abgeordnetenhaus? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! Das war kurz. – Jetzt habe ich noch mal Herrn Eschricht auf der Liste. Sie haben wohl etwas vergessen.

Robert Eschricht (AfD): Ich wollte nur Frau Helm antworten. Wenn wir heute das Thema Desinformation haben und Gefährdung von Wahlen, dass die geschlossene Frage dann gleich als Beispiel angeführt wird, unterstreicht ja die Gefahr, die davon ausgeht, dass man Desinformation und Meinungsfreiheit so nah beieinander sieht.

Vorsitzender Andreas Otto: Dann ist die Redeliste abgearbeitet. Habe ich irgendjemanden übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir jetzt wieder bei Ihnen. Ich gehe davon aus, der Staatssekretär würde sich gegebenenfalls anschließen. Wollen wir die Reihenfolge andersherum machen und mit Herrn Prof. Neuberger beginnen? – Bitte schön!

Dr. Christoph Neuberger (Weizenbaum-Institut e. V.): Vielen Dank für die Fragen, auf die ich jetzt nicht, weil es doch recht viele sind, zu ausführlich eingehen kann. Im Nachgang schreiben Sie mir gern. Die Papiere, die wir haben, können wir sehr gerne weiterleiten.

Herr King, es ist in der Tat die Frage, wer wem Desinformationskampagnen vorwirft. Das ist dann immer die Frage. Wir haben vor allem in der Coronazeit erlebt, wie solche Begriffe leicht, natürlich auch in der politischen Auseinandersetzung, als Kampfbegriffe verwendet werden. Da muss man wirklich versuchen, solche Begriffe zu schärfen, wenn wir über das Desinformation sprechen, wenn wir über Meinungsfreiheit reden, was wir damit konkret meinen. Es ist immer eine Schwierigkeit, auch im Diskurs zwischen Wissenschaft und Politik, da saubere Grenzen zu ziehen.

Frau Ahmadi, die Frage nach der Medienkompetenz: Das ist ein Anliegen in den Schulen, aber natürlich für alle Altersgruppen, und insbesondere die Erwachsenen, die älteren Menschen, die das bisher, auch in ihrer Jugend im Schulunterricht nicht, noch nicht mitbekommen

haben, sind eine wichtige Zielgruppe. Das sind Aufgaben, wie ich finde, zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Landeszentrale für politische Bildung in Berlin, mit der wir kooperieren, ist da sehr bemüht, mit der wir auch gemeinsam publizieren. Es gibt, wie gesagt, auch Befunde darüber, was man vor allem schärfen sollte, was wir mit Medienkompetenz und Mündigkeit im Umgang mit der politischen Information im Digitalen meinen, die Bewertung der Seriosität von Quellen, die Gegenprüfung von Inhalten, und es gibt auch empirische Befunde darüber, dass das hilfreich ist.

Was Wahlen angeht, sind natürlich kurzfristige Maßnahmen notwendig, das Fact Checking, das Debunking, das Richtigstellen von Falschinformation, aber ganz wichtig ist auch im Vorhinein dieses Prebunking, das Schärfen des Bewusstseins dafür, dass da Falschinformationen kursieren und auch die rasche Information, ich habe mir im Vorfeld einen Überblick verschafft, auch über die klassischen Medien, die dann darauf hinweisen, gerade bei diesem Websiteklonen. Die Süddeutsche hat beispielsweise einen langen Artikel auf der Titelseite gebracht, dass so etwas passiert, und dass man davor warnt. Das sind ganz wichtige Maßnahmen.

Chinas Kampagnen: Das ist in der Tat ein neues Phänomen. Da kenne ich jetzt für Deutschland noch keine Befunde. Wir haben uns sehr intensiv mit russischen Kampagnen beschäftigt. Wir haben eine eigene Forschungsgruppe, die sich damit beschäftigt. Wir haben eine Langzeitstudie zu TikTok laufen, wie sich dort Menschen politisch informieren im Datenspendeprojekt, auch zu den Landtagswahlen. Wir wollen diese Studie bis zur nächsten Bundestagswahl weiterführen, wo wir nicht nur das Nutzungsverhalten, sondern auch die Inhalte erfassen. Darüber werden wir dann sicherlich mehr erfahren können, welche Rolle chinesische Kampagnen gespielt haben.

Herr Eschricht, zum Public Value und Landesmedienanstalten: Landesmedienanstalten sind unabhängig. Sie sind selbst staatsfern organisiert. Sie haben einen Medienrat mit pluralen Organen, die sie begleiten, vergleichbar dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Insofern halte ich da die Staatsferne für gegeben.

Zur Frage der Definition des Public Value, auch eine interessante Diskussion im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit dem ich mich viel beschäftigt habe, haben wir zunächst mal das, was wir im Medienstaatsvertrag finden. Zusätzlich bedarf es immer des Diskurses, der stattfindet im Medienrat, Rundfunkrat, aber auch in der Öffentlichkeit, um das in konkreten Situationen auszubuchstabieren. Aber wir haben die Leitplanken des Medienstaatsvertrags.

Frau Helm, zur Frage der Wirksamkeit von Debunking und Fact Checking. Es ist mittlerweile gründlich untersucht worden, dass das wirksam ist. Es gibt ein eigenes Debunking-Handbuch, wo das alles sehr gut zusammengefasst ist, für Redaktionen beispielsweise, damit man dort genau weiß, wie man vorgeht, also dass man vor allem mit der klaren Information, der richtigen Information, beginnt, auch schon mal erklärt, weshalb diese Falschinformation verbreitet wurde und abschließend noch mal sehr deutlich betont, was denn nun die richtige Version ist. Man hatte durchaus auch Befunde, dass Aufklärungsversuche zum Gegenteil führen können, Backfire-Effekt, wobei der gar nicht so relevant ist, hat man mittlerweile festgestellt. Accuracy Nudges oder Source Labels, also dass man schon mal darauf hinweist, etwa Plattformen, wieweit Quellen glaubwürdig sind, bevor man sich dann durchklickt, ist auch eine wich-

tige Maßnahme und so weiter. Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Befunden, die uns da weiterhelfen. – Dann bin ich durch. Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Weiter geht es.

Elena Kountidou (Neue deutsche Medienmacher*innen e. V.): Ich versuche jetzt auch mal, die Punkte zusammenzufassen. Ich starte mit dem Thema Medienkompetenz und versuche, Frau Ahmadi und Frau Helm zu antworten. Wir denken, dass es in Berlin auf jeden Fall das Schulfach Medienkompetenz geben sollte. Das ist aktuell in Grundschulen nicht der Fall. Es gibt Medienkompetenzprojekte. Es gibt, wir haben es gehört, unterschiedliche Akteure. Was aus unserer Sicht aber fehlt, ist eine abgestimmte Strategie, die gewährleistet, dass tatsächlich unterschiedliche Bevölkerungsschichten, unterschiedliche Communities und Altersgruppen avisiert werden. Wir sprechen sehr viel über schulische Bildung. Man spricht sehr viel beim Thema Desinformation über junge Menschen und TikTok und lässt sehr stark außer Acht, dass zum Beispiel ältere Berliner Bürgerinnen und Bürger in ihrer Nutzung von Familienchats extrem Desinformationen ausgesetzt sind. Da sehen wir auf jeden Fall eine Leerstelle und auch eine Leerstelle in der Förderung von Medienkompetenz, denn es wird Vertrauen bei dem Thema benötigt, und dafür werden das auch langjährige Projekte benötigt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der Verein russischsprachiger Eltern macht ganz großartige Desinformationsarbeit mit älteren russischsprachigen Menschen. Das sind zum Beispiel Projekte, die wirklich weiter gefördert und bekannter werden müssten.

Frau Helm, zur Rolle: Sie haben es richtig gesagt. Meine Forderungen gingen in unterschiedliche Richtungen. Wir glauben, dass Medien bei der Auseinandersetzung mit Desinformation eine ganz wichtige Rolle spielen. Ich gebe ein Beispiel: In der Social-Media-Berichterstattung beobachten wir in unserem Monitoring sehr oft, dass Qualitätsmedien auf der ersten Kachel unkommentiert die Desinformation, zum Beispiel in Form eines Zitats eines Politikers, einer Politikerin, reproduzieren. Da gibt es mittlerweile Studien, die zeigen, dass das durchaus problematisch ist. Zum Beispiel empfehlen wir das sogenannte Wahrheitsandwich, sprich, erst überhaupt zu framen: Es ist eine Desinformation, dann die Desinformation benennen und dann noch mal kontextualisieren. Das kommt aus der Forschung und empfehlen wir.

Wir arbeiten in der Tat mit Medienhäusern zusammen und beraten sie. Das passiert bei Interesse und auf Anfrage von Medienhäusern. Um noch mal auf die doch sehr tendenziöse Frage zu antworten: Wir erhalten öffentliche Förderungen für drei Projekte. Zwei davon sind zur Unterstützung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte und Medienberichterstattung. Eins davon ist Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz und Desinformation, wo wir mit anderen Akteurinnen und Akteuren das Themenfeld beleuchten und zum Beispiel eine Fachgruppe zu Communitymanagement gegründet haben. – So viel dazu.

Das neue Hatespeech-Movement, weil die Frage kam, war ein Projekt der Europäischen Kommission, das wir lange als Träger begleitet haben, das seit 2024 beendet ist. Hatespeech ist in der Tat eine Definition. Ich muss die jetzt nicht unbedingt vorlesen, um die Zeit hier nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen. Einen Strafbestand namens Hatespeech gibt es im deutschen Recht nicht, aber Hatespeech ist juristisch zu ahnden, sobald eine Äußerung die Grenzen der Meinungsäußerung überschreitet und einen bestimmten Straftatbestand des Strafgesetzbuches erfüllt. Übrigens ist Hass im Netz und Hatespeech auch sehr dynamisch zu sehen mit Desinformation. Das hat Prof. Dr. Neuberger bereits angesprochen.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Weiter mit Frau Dr. Flecken.

Dr. Eva Flecken (Medienanstalt Berlin-Brandenburg): Vielen Dank für die zahlreichen Fragen! Ich bemühe mich, das Ganze thematisch ein wenig zu bündeln. Ganz kurz, aber, Herr King, weil Sie danach fragten, zu den Zahlen des Branchenverbandes Bitkom: Ich bin Berufsoptimisten, wie Sie schon alle ganz häufig gehört haben. und in der Tat kann man sagen, es gibt eine große – neudeutsch – Awareness für das Thema, eine große Sensibilität. Ich habe diese Zahlen einleitend deswegen herangezogen, um deutlich zu machen, dass wir es hier auf jeden Fall mit einem Thema von gesellschaftspolitischer Bedeutung zu tun haben. Ob alles gut ist, das habe ich ausleitend gesagt, da bin ich mir nicht ganz sicher. Aber das Thema hat eine gesellschaftliche Dimension.

Kommen wir zum Thema Public Value: Vieles hat Herr Prof. Neuberger schon gesagt. Der Medienstaatsvertrag gibt uns ganz klar den gesetzlichen Rahmen. Wir haben eine Satzungs-ermächtigung. Die Satzung wenden wir an. Die Öffentlich-Rechtlichen sind qua Gesetz von Public-Value-Status, und dann legen die staatsferne unabhängigen 14 Landesmedienanstalten anhand des festgelegten Verfahrens anhand der Satzung fest, welche Antragsteller, ein Medium kann einen Antrag stellen, schließlich den Public-Value-Status erhält oder eben auch nicht. Verpflichtet, dieses umzusetzen, sind im Moment relativ klassische Benutzeroberflächen und Plattformen. Das können Smart-TV-Geräte sein, Kabelnetzbetreiber, aber auch die von mir angesprochenen, In-Car-Entertainment-Systeme. Wir als Landesmedienanstalten – das war eine Frage von Frau Helm und von Herrn Goiny: Welchen Handlungsspielraum gibt es denn vielleicht ansonsten gesetzgeberisch noch? – haben angeregt, die Mechanismen, die wir aus der alten Rundfunkwelt zur Vielfaltssicherung kennen, einmal daraufhin zu überprüfen, ob die nicht auch in der neuen Welt, in der wir uns heute vor allen Dingen, sprich, online über Plattformen und Ähnliches informieren, ebenfalls Anwendung finden können. Wir haben unglaubliche Verpflichtungen, beispielsweise für RTL und Sat.1 zu Regionalfenstern und Drittsendezeiten. Das sind ehrlicherweise solche Legacy-Themen aus den Neunzigerjahren. Warum verpflichten wir eigentlich immer noch die alte Welt und weniger die neue? Wir haben ein unglaublich schiefes Regulierungsgefüge, wenn wir uns die unterschiedlichen Mediengattungen anschauen, so auch im Bereich von Public Value.

Kommen wir zum Thema Medienkompetenz: Uns als mabb ist wichtig, hier von Informations- und Nachrichtenkompetenz zu sprechen, denn das ist unser gesetzlicher Auftrag. Herzlichen Dank an als Sie als Gesetzgeber, dass Sie das im Gesetz mit der letzten Novellierung unseres Staatsvertrages noch mal geschärft haben, denn das ist für uns wesentlich. Es geht nicht darum, den Leuten zu erklären, wie man eine E-Mail verschickt, sondern sich zu informieren und dort eine gewisse Kompetenz aufzubauen. Ich bin sehr froh, dass mein Kollege schon hinter mir sitzt, Jochen Fasco aus Thüringen. Er wird gleich ebenfalls zur Anhörung zu diesem Thema vortragen. Deswegen möchte ich es hier kurzhalten. Das ist effektiv, wo wir zu Menschen gehen. Wichtig ist also der inhaltliche Fokus, Informations- und Nachrichtenkompetenz bei zeitgleicher Diversifizierung, wenn es um Zielgruppen geht. Das können Altersgruppen sein, das können alle möglichen Zielgruppen sein, aber da muss diversifiziert und entsprechende Formate angeboten werden. Das können Workshops sein, das können Schulbesuche sein, das kann alles Mögliche sein, also inhaltlich fokussieren und diversifizieren, wenn es um Zielgruppen und um Formate geht. Das ist der Ansatz der Landesmedienanstalten.

Dann darf ich noch zwei weitere Frageblöcke beantworten. Es gab einige Fragen eher grundsätzlicher Natur zu den Landesmedienanstalten und zur mabb. Die Kommission für Zulassung und Aufsicht – ZAK – ist die Kommission, die, wie der Name schon verrät, über Fälle der Zulassung und der Aufsicht für bundesweite Sachverhalte entscheidet.

Alle 14 Direktoren und Präsidenten der Landesmedienanstalten sind dort vertreten. Insofern war ich nicht zwei Jahre da, sondern bin seit Amtsbeginn dort vertreten. Ich durfte aber zwei Jahre lang diese Gruppe der Kolleginnen und Kollegen und der ganzen Vorsitzenden leiten und begleiten. Andere Stimmrechte gehen übrigens nicht damit einher. Wir alle haben eine Stimme. Auch Berlin und Brandenburg hat leider nur eine Stimme, obwohl zwei Länder vertreten sind, aber das ist jetzt mehr mit einem Augenzwinkern zu verstehen.

Der Medien-Staatsvertrag gibt uns dann im § 109 die Instrumente und die Möglichkeiten an die Hand, was wir machen können, wenn wir Rechtsverstöße – und es geht allein um Rechtsverstöße – feststellen. Das sind Beanstandungen. Beanstandungen heißt einfach nur: Ich stelle fest, es gibt einen Verstoß, das sind Untersagungen, das heißt, einzelne Inhalte können untersagt werden und als Ultima Ratio gibt es auch die Möglichkeit, ein gesamtes Angebot zu sperren oder im klassischen Rundfunkrecht, also im klassischen Recht der Zulassung, würde man sagen, Widerruf beispielsweise einer Zulassung. Eine solche Sperrung, einen solchen Widerruf gab es übrigens noch nie im Kontext von journalistischen Sorgfaltspflichten, egal, ob wir von Onlinemedien oder vom klassischen Rundfunk sprechen.

Ansonsten, wen es interessiert, es gibt eine Datenbank der Kommission für Zulassung und Aufsicht, wo alle Entscheidungen einsehbar sind. Vielleicht gibt es einem auch ein ganz gutes Bild davon, was wir entscheiden und mit welcher Häufigkeit wir dieses eigentlich tun.

Dann, Herr Eschricht, Sie hatten eine Frage, die ich zugegebenermaßen nicht verstanden habe, aber gerne, wenn Sie die wiederholen, kann ich die beantworten, gestellt zu meiner Wahl, und wenn ich es richtig verstanden habe, zum Zusammenhang meiner Wahl mit der [unverständlich] der mabb, das habe ich schlichtweg intellektuell nicht umrissen. Wenn Sie sie wiederholen, dann kann ich da sehr gerne drauf eingehen.

Zum Thema Staatsferne hat Herr Prof. Neuberger schon einiges gesagt. Diese ist mannigfaltig und vielschichtig gesichert. Ja, ein Bestandteil ist auch die Finanzierung aus dem Rundfunkbeitrag, aber auch die Verfasstheit insgesamt. Weder der Regierende Bürgermeister noch der Ministerpräsident Brandenburgs beispielsweise entscheidet darüber, wer der Medienanstalt Berlin-Brandenburg als Direktorin oder Direktor vorsitzen darf.

Abschließend, das ist zumindest im Versuch, die Fragen nach Blöcken zu bündeln, der letzte Punkt, den ich mir aufgeschrieben habe, eine Frage von Frau Helm, aber auch Herr Goiny hat sie hinsichtlich des gesetzgeberischen Handlungsspielraums für Berlin noch mal aufgerufen, zu den systematischen Mechanismen. In der Tat, Status quo, gibt der Medien-Staatsvertrag relativ wenig zu einem Thema, was aus unserer Sicht etwas unterbeleuchtet ist, den Medienanstalten an die Hand, und das ist, weniger auf einzelne Inhalte zu schauen, sondern was denn vielleicht die viel größere Gefahr im Bereich der Desinformation ist – und auch das hat Herr Prof. Neuberger schon angesprochen –, das ist die systematische Manipulation. Wie entsteht die? – Beispielsweise über die Täuschung von Absendern, wer ist eigentlich der Absender, oder die Vortäuschung von Reichweiten, Social Bots, all diese Mechanismen, die natürlich längst gang und gäbe sind. Das heißt, wir gehen fest davon aus, dass eigentlich ein Dreiklang benötigt wird. Das eine sind Transparenzpflichten, wie es der Medienstaatsvertrag beispielsweise heute auch schon kennt, aber denkbar wäre auch, dass Plattformen zunehmend in die Pflicht genommen werden, bei wirklich verifizierten Bot-Netzwerken oder Ähnliches hier algorithmisch hier auch dafür Sorge zu tragen, dass diese Manipulation von Reichweite bei-

spielsweise gar nicht erst entstehen kann, und zu guter Letzt bleibt dann eben noch der Bereich der wirklich unzulässigen Inhalte, für den sind wir ja aber bereits zuständig, da gibt es Möglichkeiten.

Wo gibt es Ansatzpunkte? – Es gibt Ansatzpunkte im Digitale Medien-Staatsvertrag, aber Stichwort Berufsoptimist, eine gute Nachricht ist ja auch, dass es bereits den Digital Services Act gibt, und die EU-Kommission hat die Kompetenzen für Very Large Online Platforms an sich herangezogen und hat gesagt: Dort, wo systemische Risiken bei Plattformen festgestellt werden, können wir als Kommission auch tatsächlich tätig werden, wobei sich das Tätigwerden im Moment noch darauf beschränkt, dass diese Berichte überhaupt erst einmal veröffentlicht werden, und im Moment sind ja jetzt einige Verfahren, bei denen die Plattformen – die Zeit läuft jetzt gerade – nachbessern müssen.

Dieses Gesetz ist noch nicht sehr alt und insofern, glaube ich, müssen wir uns in einem Jahr noch mal darüber unterhalten, wo die EU-Kommission bei der Rechtsdurchsetzung am Ende steht. Mut macht auf jeden Fall, dass hier diese Verfahren zu vorläufigen Ergebnissen schon geführt sind.

Ein Punkt, der mir noch ganz wichtig ist: Wenn wir auf das Euoparecht blicken, kommen wir an einem Punkt wirklich an unsere Grenzen, eigentlich an zwei Punkten, und das ist das sogenannte Herkunftslandprinzip und das ist das Haftungsprivileg. Ich glaube, dass wir uns ganz dringend darüber unterhalten müssen – und das war Ausgangsteil meines Statements –, dass diese Grundpfeiler noch mal einer zeitgemäßen Überarbeitung bedürfen. Denn dass wir ernsthaft ein 30 Jahre altes Gesetz heranziehen und sagen: Plattformen sind nach wie vor einfach nur dumme Plattformen, einfach nur Rohre, durch die etwas durchgeleitet wird, das ist doch längst nicht mehr überzeugend, wenn wir feststellen müssen, dass mit diesen Inhalten Geld verdient wird, dass mit diesen Inhalten – übrigens auch bei Kindern und Jugendlichen – Geld verdient wird. Insofern braucht dieses sehr allgemein gehaltene Haftungsprivileg aus unserer Sicht dringend ein Update. Auch das Herkunftslandprinzip, das sagt: Na ja, wenn ich in Irland sitze, dann gilt halt nur irisches Recht und alles andere ist egal! Das kann ich Ihnen sagen, das führt in der Praxis, in unserer Aufsichtstätigkeit, zu echten Grenzen, wo wir uns als Gesellschaft überlegen müssen, ob die hinnehmbar sind. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, um nicht so abstrakt zu bleiben: Wenn Sie einen Chatbot zu einem gesellschaftspolitischen Thema fragen und eine Antwort erhalten – ich habe das kürzlich vor wenigen Wochen gemacht, Sie erinnern sich vielleicht daran, Donald Trump und Papst Leo haben sich gestritten, ich glaube, wir erinnern uns noch daran, und ein Angebot, für das die Medienanstalt Berlin-Brandenburg verantwortlich und zuständig ist, nämlich Perplexity, bietet einem dann ganz interessante KI-generierte Artikel, bietet mir im nächsten Schritt auch die Möglichkeit, mit der KI in einen Chat einzutreten, und ich mal gefragt: Wem soll ich denn eigentlich mehr glauben, Papst Leo oder Donald Trump? Das ist übrigens eine lustige Frage. Stellen Sie mal die Frage! Wir alle bekommen unterschiedliche Antworten, das wissen wir. Aber es ist doch fraglos etwas von gesellschaftlicher Bedeutung. Das ist ja nicht die Frage, in welcher Farbe ich die Handtasche zu meinem blauen Anzug kombinieren sollte. Das ist ja schon ein bisschen von größerer gesellschaftlicher Tragweite zu fragen: Wem glaube ich mehr, Papst Leo oder Donald Trump? In dem Moment, in dem ein Anbieter im Ausland sitzt und auch im europäischen Ausland, das ist bei Perplexity nicht der Fall, aber beispielsweise bei Google, Meta und ähnlichen, sind wir bei ganz vielen Fragestellungen als deutsche Medienaufsicht raus, nämlich zum Beispiel: Was ist denn, wenn diese Antwort Fehler enthält, wenn die irreführend ist, wenn die Quellen

überhaupt nicht die richtigen sind? Das ist, glaube ich, schon eine gesellschaftliche Diskussion, da kommen wir eigentlich schon fünf nach zwölf und nicht fünf vor zwölf hin, die wir ganz dringend führen müssen, und das wird schmerzhaft werden, denn da müssen wir an diese zwei Grundpfeiler des europäischen Rechts, nämlich des Herkunftslandprinzips und auch des Haftungsprivilegs, herankommen. Vielleicht ist das ein so dickes Brett, was sich in der Kürze der Zeit nicht mehr bohren lässt. – Ich sehe schon den strengen Blick des Vorsitzenden, den ich natürlich mit Blick auf die Zeit respektiere und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Wir haben viel gelernt, die Zeit ist immer zu knapp. Ich glaube, das neue Abgeordnetenhaus und auch der Nachfolgeausschuss werden das Thema weiter vertiefen. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind, uns hier Rede und Antwort gestanden haben! – Sie dürfen jetzt Ihrem sonstigen Tagwerk nachgehen, aber Sie dürfen natürlich auch in unserem Ausschuss noch weiter zu Gast bleiben und zuhören. Wir schließen damit – Entschuldigung! Jetzt habe ich schon alle verabschiedet, halt, alles zurück! Es sind noch Fragen an den Senat gewesen. Da meldet sich der Staatssekretär gerade richtigerweise zu Wort. Dann bleiben Sie noch, und wir hören uns noch an, was er auf die Fragen antworten möchte. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wollte nur der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen haben, nicht, dass es heißt, wir würden die Fragen nicht beantworten, die uns gestellt wurden.

Ich halte die allgemeinen Ausführungen ganz kurz. Ich glaube, dass wir, was Desinformationskampagnen angeht, was die damit verbundenen Gefahren für unser demokratisches, politisches System, aber auch insgesamt für die Gesellschaft angeht, da sind wir uns hier – das habe ich heute mitgenommen – weitestgehend einig. Deswegen würde ich das an der Stelle nicht noch einmal betonen, dass wir das als Senat selbstverständlich auch so sehen.

Ich komme jetzt auch auf das Thema, was auch die Fragen an uns angeht und mit Blick auf die Medienaufsicht. Hier wurde ja jetzt wiederholt betont, dass die Medienaufsicht einer Staatsferne unterliegt, das ist auch sehr gut so. Deswegen werde ich mich auch dort, was inhaltliche Fragen der Medienaufsicht angeht, zurückhalten. Ich kann in dem Zusammenhang nur sagen, dass unser Ansatz dort ist, dass wir die Medienaufsicht an der Stelle als Staat im Rahmen der Staatsferne ertüchtigen müssen. Das ist der Fall, sowohl was das Regulatorische angeht – das haben Sie, Frau Dr. Flecken, ja eben auch noch mal erwähnt, dass die letzte Novellierung des Medienstaatsvertrages noch einmal nachgeschärft wurde –, das sind die finanziellen Dinge. Ich glaube, es stehen jetzt 1 Million Euro mehr zur Verfügung, und ich glaube, mein Kollege Florian Graf, Chef der Senatskanzlei, hat hier auch an dieser Stelle schon einmal erwähnt, dass er sich auch vorstellen kann, dass der Anteil der Landesmedienanstalten am Rundfunkbeitrag erhöht wird, von derzeit knapp 1,9 Prozent auf 2,5 oder sogar 3 Prozent. Es wäre dann sicherlich auch denkbar und gar nicht abwegig, dass das, was Sie dann infolge dessen an Mehreinnahmen hätten, dann auch für die Medienaufsicht genutzt wird und genau für diese Bereiche, über die wir gerade sprechen. – Ich würde es jetzt dabei belassen und würde jetzt noch einmal auf die konkreten Fragen eingehen.

Frau Ahmadi, Sie hatten mich gefragt, zum einen speziell auch mit Blick, was die Wahlen angeht und auch, was wir dort strategisch als Senat tun. Insgesamt, was Fake News angeht oder Desinformationen: Ich habe es ja eben schon gesagt, da sind wir als Senat ein wenig zu-

rückhaltend, weil wir dort einfach – das hatte ich ja eben mit der Staatsferne – nicht diejenigen sein können, die am Ende dann bewerten, ob Nachrichten, Informationen wahr sind oder nicht. Da müssen wir uns auf die dafür vorgesehenen Institutionen verlassen, die ja zum Glück unabhängig sind und deswegen auch über jeden Verdacht erhaben. Das, was ich eben gesagt habe, dass wir sie ertüchtigen müssen, dass sie diese Aufgabe bestmöglich erfüllen können, das tun wir. Ansonsten, wenn das Ganze auch eine Sicherheitskomponente bekommt, sprich, wenn es auch Teil von ausländischen Einflussnahmen ist oder gar von hybrider Kriegsführung, dann sind es auch vor allem die Sicherheitsbehörden, die dort gefordert sind, dann auch diese Dinge zu detektieren und wenn möglich, dann auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das sind dann nicht nur die Landessicherheitsbehörden, sondern da sehe ich vor allem auch die Sicherheitsbehörden des Bundes dann auch in der Pflicht, Nachrichtendienste, BSI und Ähnliche, die dann so etwas entdecken und dann darauf auch hinweisen und im Idealfall das Ganze auch abstellen. Da habe ich jetzt auch vernommen – weil Frau Helm, Sie fragten ja auch gerade nach regulatorischen Maßnahmen –, ich glaube, ich sehe im Bereich, was den Medienstaatsvertrag angeht, im Moment keinen Bedarf, kurzfristig dort noch einmal etwas nachzuschärfen. Auch diese Dinge, wie Strafrecht et cetera, sehe ich im Moment auch nicht als primären Anknüpfungspunkt im Bereich Regulierung. Wir haben ja vorhin darüber gesprochen, dass dann in der nächsten Legislaturperiode der Digitale Medien-Staatsvertrag ansteht, auch das ist etwas, wo es dazu dann sicherlich noch mal Diskussionen geben wird, und Frau Dr. Flecken hat ja eben darauf hingewiesen, wo Sie auch die regulatorischen Anknüpfungspunkte sieht, vor allem auf der europarechtlichen Ebene, das teile ich absolut. Sie haben ja eben auch das Thema Haftungsprinzip angesprochen. Ich kann mich erinnern, dass wir vor einigen Monaten hier eine Anhörung hatten, da war ein Sachverständiger – ich habe leider Thema und Namen der Anhörung vergessen –, der hatte auch zwei Punkte genannt, das eine war das Haftungsprinzip, das zweite, was er hier nannte – ich will jetzt nicht sagen, dass ich mir das zu eigen mache, ich will nur sagen, dass er es erwähnte – war das Anonymitätsprinzip, was er noch als Problem identifiziert hat. Frau Dr. Flecken, Sie haben ja absolut recht, dass man es sich sehr einfach macht, wenn die Plattformen sich darauf berufen, sie wären ja nur eine Plattform, auf der Informationen einfach weitergegeben werden. Sie haben ja zu Recht darauf hingewiesen, das stimmt schon deswegen nicht, weil damit auch viel Geld verdient wird und zum anderen ist es ja keine neutrale Weitergabe. Sondern, wenn man sich die Algorithmen et cetera anschaut, findet dort ja auch eine Wertung statt, also dahingehend, was, wo, wie wahrgenommen wird und zuerst vorkommt. Ich glaube, allein darüber kann man das schon entkräften, dass die Plattformen dort keine spezifische Verantwortung haben. Deswegen teile ich das, dass man sich dort anschauen muss, ob es weiterer Regulierung bedarf. Aber auch das ist klar, das Ganze kann nur auf europarechtlicher Ebene passieren. Wir würden das unterstützen, wenn es dort Diskussionen gibt. Ich sehe dort dann auch vor allem die Bundesregierung in der Verantwortung, dass sie solche Prozesse auf europäischer Ebene entweder anschiebt oder dann auch konstruktiv begleitet. Darüber hinaus sehe ich für den Moment auf Landesebene, aber auch auf Ebene des Strafrechts, keine konkreten Anknüpfungspunkte für weitere Regulierung. – Ich hoffe, dass ich damit die Fragen beantworten konnte, von Ihnen Frau Helm.

Frau Ahmadi, Sie fragten noch gezielt nach den Wahlen und was wir dort tun. Das kann ich Ihnen sagen, das haben wir auf dem Schirm, da ist auch etwas in der Pipeline und bereits veranlasst. Das wird auch in Kürze von der Innensenatorin und dem Landeswahlleiter bekannt gegeben. Da ist eine Anwendung geplant. Ich will dem jetzt nicht vorgreifen, sonst bekomme ich an der Stelle Ärger – in Anführungszeichen –, weil es auch eine andere Behörde ist. Wir

unterstützen das als Senatskanzlei, aber ich kann sagen, worum es dort geht. Dort geht es auch um die Identifizierung von Fake News im Zusammenhang mit Wahlen, aber ich will an der Stelle betonen, bevor Irritationen entstehen, es geht nicht um die Bewertung von politischer Kommunikation und Wahlkampf und Argumenten, sondern es geht nur darum, dass die Integrität des Wahlprozesses selbst unmittelbar geschützt wird. Ein Beispiel: Wenn am 19. September plötzlich durch die sozialen Medien Gerüchte verbreitet werden, dass angeblich am nächsten Tag ein Stromausfall droht und dreißig Wahllokale nicht zugänglich sind oder dass angeblich Wahlunterlagen verbrannt sind – ich spinne jetzt einfach –, es geht um solche Informationen, wenn die identifiziert werden, dass man dann darauf reagieren kann. Aber noch einmal, bevor da jetzt auch irgendwie gleich wieder eine Diskussion folgt: Da geht es nicht um den politischen Wahlkampf, da geht es nicht um die politische Auseinandersetzung, die dort bewertet oder untersucht wird, sondern da geht es nur um die Integrität und die Absicherung des Wahlprozesses selbst, nur darum geht es. Aber das haben wir im Blick und dafür haben wir Vorkehrungen getroffen, die werden jetzt auch in Kürze mit Hilfe des Einsatzes von künstlicher Intelligenz bekannt gegeben. Wenn man schaut, das gab es auch schon in einem Bundesland, da fangen wir nicht bei null an. Darauf wollte ich an der Stelle, weil Sie, Frau Ahmadi, nachgefragt haben, hinweisen. Das haben wir auf dem Schirm und etwas veranlasst. – Ich hoffe, dass ich zumindest dann auch die Fragen der beiden Abgeordneten, die an mich gerichtet wurden, soweit beantworten konnte. – Ansonsten möchte ich mich auch bei den Sachverständigen noch einmal herzlich bedanken! – In der Sache, was die Zielsetzung und vor allem was die Probleme, Schwierigkeiten und Herausforderungen angeht, das nehme ich auch mit, sind wir uns hier in der Runde weitestgehend einig, was ich auch sehr wichtig finde. – Das war es von meiner Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann schließen wir jetzt den Tagesordnungspunkt ab. Ich habe Sie vorhin schon verabschiedet, aber wir haben vom Staatssekretär alle noch etwas gelernt, und würden jetzt diesen Punkt abschließen und dann zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. – Ihnen noch einmal ganz herzlichen Dank, dass Sie da waren und uns Rede und Antwort gestanden haben!

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Die Zusammenarbeit der Landesmedienanstalten im Bereich der Medienkompetenz

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0270](#)

BuEuMe

Wir begrüßen Herrn Fasco, er ist der Beauftragter für Medienkompetenz der Landesmedienanstalten! – Er hat schon zugehört, das heißt, Sie sind schon im Stoff und wissen, was wir hier so machen. Der Ablauf ist wie folgt: Ich denke, Herr Fasco, Sie sind wahrscheinlich zum ersten Mal hier, das ist aber wahrscheinlich in den anderen Landtagen ähnlich. Der Tagesordnungspunkt hat folgenden Ablauf: Wir geben zuerst den Fraktionen, die das beantragt haben, die Gelegenheit für eine kurze Begründung, dann fragen wir den Staatssekretär, ob er seitens der Landesregierung an dieser Stelle etwas beitragen will – der würde sich gegebenenfalls später äußern, entnehme ich seinem Kopfschütteln –, das heißt, dann sind Sie mit einem Eingangsstatement dran, das ist immer so plus minus fünf Minuten, da wir jetzt nur einen Anzu-

hörenden haben, einigen wir uns auf sieben, dann gibt es eine Fragerunde der Damen und Herren Abgeordneten, wo ich natürlich noch mal appelliere, sich kurz zu fassen und auf Korferate weitestgehend zu verzichten. Dann sind Sie gebeten, sich die Fragen zu notieren und dann in einem Statement zu beantworten. – Ein Wortprotokoll machen wir, das ist immer ganz wichtig, dass es im Wortprotokoll steht, weil ein Wortprotokoll machen. – Dann geht es jetzt schon los. Wer möchte den Tagesordnungspunkt begründen? – Frau Kühnemann-Grunow in dem Fall für die Koalition. – Bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlich willkommen, Herr Fasco, hier in unserer Runde, im Medienausschuss! – Man könnte meinen, dass sich eventuell auch ein paar Redundanzen zu der Anhörung, die wir gerade hatten, ergeben, was das Thema Medienkompetenz angeht, weil, wenn wir von Medienkompetenz sprechen, denken wir ganz häufig an Kinder und Jugendliche, an Schulbildung, die das Thema Medienkompetenz noch stärker in den Fokus rücken muss. Wenn wir uns mit der mabb beschäftigen, mit unseren Landesmedienanstalten, denken wir oft in erster Linie daran, dass sie Aufsichtsbehörde sind, dass sie regulieren, dass sie auf die journalistische Sorgfaltspflicht achten, aber wir wissen selbstverständlich, dass die Landesmedienanstalten und auch die mabb das Thema Medienkompetenz sehr ernst nehmen und vor allen Dingen auch – und das ist ja eben auch schon bei der Anhörung angeklungen – das Thema Medienkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern aller Altersklassen im Blick haben, was sehr wichtig ist, weil – das ist eben auch schon angeklungen – Kinder und Jugendliche häufig gar nicht so schlecht sind, was das Thema Medienbildung angeht. Deshalb wollen wir heute ein bisschen mehr nachfragen, mehr Einblick bekommen, gerade was das ganze Thema Nachrichten- und Informationskompetenz angeht, aber auch Demokratie und Diskursförderung, was da die Landesmedienanstalten leisten und last but not least – weil es eben auf der Hand liegt – auch das Thema Erziehungskompetenz beziehungsweise Medienerziehung. Da gibt es ja viele Kooperationen, wenn ich beispielsweise auch daran denke, wie die mabb beispielsweise auch mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie kooperiert, auch Angebote macht und die Zusammenarbeit mit unseren allgemeinbildenden Schulen sucht. Thema Medienkompetenz ist wichtig. Social Media ist angeklungen. Deshalb freuen wir uns sehr auf den Austausch, auf Ihren Input und dass wir Ihnen dann auch im Nachgang entsprechend Fragen stellen dürfen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Das war die Begründung, und jetzt geht es los mit Ihrem Eingangsstatement. – Sie haben das Wort, Herr Fasco!

Jochen Fasco (Beauftragter für Medienkompetenz der Landesmedienanstalten): Vielen Dank! – Lieber Herr Vorsitzender! Lieber Staatssekretär! Liebe Mitglieder des Abgeordnetenhauses! Liebe Damen und Herren, auch die, die vielleicht nicht im Raum sind! Vielen Dank für die Möglichkeit! – Jetzt war ja schon sehr viel zur Medienkompetenz gesagt worden. Ich möchte ein gut Stück auch mehr über die Zusammenarbeit sagen, die die Landesmedienanstalten seit Jahr und Tag prägt. Das Thema Medienkompetenz ist seit über 30 Jahren Thema von Medienanstalten. Ich kann das sagen, weil in einer anderen Funktion in der Staatskanzlei habe ich mitwirken dürfen, dass vor über 30 Jahren dieses Thema in einem Gesetz thematisiert wurde, sodass wir in diesem Bereich auch sehr viel Erfahrung haben.

Ich beziehe mich auf die ganz vielen Materialien, habe aber nur zwei mitgebracht, das liegt auch aus, nämlich eine Broschüre, die ich versuche, zum Anlass zu nehmen, diesen Vortrag

etwas zu plakatieren, aber auch zum Beispiel auf den aktuellen Jugendschutz- und Medienkompetenzbericht gehe ich gern bei den Fragen noch etwas näher ein.

Ich bin Jochen Fasco, Direktor der Thüringer Landesmedienanstalt, übrigens auch Vorsitzender des Kuratoriums der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur. Die GMK ist eine Art Bundesverband mit über tausend Mitgliedern im Bereich Medienkompetenz, und dort arbeite ich mit Vertretern von Plattformen, Wissenschaft, aber natürlich auch Anstalten und anderen sehr eng zusammen.

Hier bin ich jetzt in Vertretung für die Landesmedienanstalten, dort bin ich Beauftragter für Medienkompetenz und versuche, deutlich zu machen, wie wichtig es ist, Netzwerke, gemeinsame Initiativen und auch die unterschiedlichen Zielgruppen – die ja auch schon Frau Kühnemann-Grunow angesprochen hat – unter einen Hut zu bringen, was eigentlich wirklich schwierig ist. Sie müssen sich mal vorstellen, Ihr achtjähriger Sohn will jetzt ein Handy oder Ihre neun- oder zehnjährige Tochter erzählt, dass im Klassenchat irgendwelche verstörenden Bilder waren oder Ihre Schwiegermutter kommt an und sagt, dass sie einen Anruf bekommen hat, dass die Tochter im Krankenhaus ist und sie soll irgendetwas bezahlen und ist dann völlig verstört oder Sie selbst gehen ins Büro und kriegen mit, wie stark KI Ihnen selbst jetzt hilft und fasziniert, aber auch völlig erschreckt. Das sind ja alles Themen, die am Ende deutlich machen, wie wichtig das ist, dieses Digitale, KI, und es gibt die Diskussion, ob das Board Medienkompetenz so ein bisschen old fashioned ist, aber Lesekompetenz ist auch nicht altmodisch. Das alles sind Themen von Medienkompetenz, die wir alle in einer digitalen Welt, die in den nächsten Jahren noch KI-geprägter sein wird, immer stärker merken und merken auch, dass wir verstehen müssen, wie wir damit umgehen und uns fit machen müssen.

Deswegen die Kernbotschaft: Wir Medienanstalten sind einerseits – das hat auch eben gerade eine Kollegin sehr gut dargestellt – Aufsicht, repressiv unterwegs – das muss ich jetzt gar nicht mehr ausführen und kann damit ein paar Minuten sparen – und wir sind präventiv unterwegs. Damit werden zwei Seiten einer Medaille bedient – dazu komme ich später noch mal –, und das alles finanziert natürlich durch die 17,90 Euro – waren es mal vor 20 Jahren, heute sind es ein paar Cent mehr, 18,36 Euro – Rundfunkbeitrag. Das muss man sich mal vorstellen – das sei auch als kleine Bemerkung erwähnt –, wenn Sie die Kostensteigerungen mit drüberlegen über diese minimale Erhöhung der letzten 20 Jahre, sind wir bei knapp über 15 Euro, die wir jetzt haben. Aber das ist nicht Gejammere, sondern nur kurz eine Bemerkung dazu.

Deswegen will ich Ihnen unsere Aufsichten, unsere Themen, vor allem unsere Prävention, etwas näher darstellen. Sie erleben das – ich habe es ja eben kurz beschrieben –, wie viel komplexer diese Medienrealität geworden ist, wie wir mittlerweile auch gar nicht mehr wissen, wie die Dinge einzuordnen sind. Die Onlinezeit bei den jungen Menschen steigt, sogar, wenn man ehrlich ist, die JIM-Studie, die von Medienanstalten und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gemacht wird, sagt, dass die Smartphonebildschirmzeit mittlerweile auf 231 Minuten am Tag gestiegen ist. Wir haben immer mehr Kontakte, das war ja eben Thema, Fake News, Falschinformationen, Nachrichtenfülle überfordert auch uns Erwachsene immer mehr, KI beschleunigt und so weiter. Also wir haben ganz viel, wo wir Orientierung brauchen, wo wir einordnen und prüfen müssen, wo wir Risiken abschätzen müssen oder auch selbstbestimmt handeln müssen. Das heißt natürlich am Ende, wir müssen irgendwie eine Kulturtechnik entwickeln, und das ist eben kein Add-on, keine Sache, die man so irgendwie

mal mitnimmt, die man am Ende hat oder nicht hat und die vielleicht auch nicht unwichtig ist. Es gibt ja sogar Leute, die leben damit zu sagen: Ich lebe analog, ich muss das ganze Zeug nicht haben, ich brauche kein Handy! Aber die werden natürlich – und das merken wir immer mehr, wenn sie diese Kulturtechnik nicht lernen und draufhaben, das ist keine Zusatzqualifikation, das ist eine Voraussetzung – in dieser Gesellschaft sehr viele Probleme haben, deswegen viel mehr als Gerätekompetenz, viel mehr als Bedienkompetenz, Quellen, Interessen, Darstellungsformen erkennen, wissen, wer da im Hintergrund mitmischt. Am Schluss kaufe ich irgendein Gerät, irgendein kleines Spielzeug für mein Kind, das aber auch KI kann und mir irgendwie Geschichten erzählt, wer steckt dahinter? Eva Flecken hat es ja eben erzählt, wie es ja auch in Bezug auf die Interessen bei anderen Bereichen ist. Deswegen haben wir viele Initiativen, gern mehr bei Fragen, die wir bei dem Bereich auch entsprechend unterstützen oder auch uns selbst tragend zusammen machen.

Wir denken das Thema Repression, also die Leitplanken, die Regulierung und den Kompass zusammen. Das sind zwei Seiten einer Medaille. Das ist unglaublich wichtig, weil wir auch sehr viel aus unserer Arbeit der Regulierung für diese andere Arbeit lernen und dann untereinander diese Dinge austauschen und wir auch einen großen Wissenstransfer betreiben.

Ich glaube, Sie wissen das, wir machen mit Kivi – das ist dieses KI-Tool – seit geraumer Zeit tausende von Seiten, die wir überprüfen. Also wir haben auch einen Blick darauf, was im Netz unterwegs ist und wo Regulierung notwendig ist. Deswegen können wir diese Dinge dann auch entsprechend umlegen. Ich habe es jetzt hier mit drauf, 52 Prozent der Eltern wünschen von Anfang an, dies in Grundschule zum Thema zu machen. Ich komme aus Thüringen und war in einem anderen Leben auch mal im Bildungsministerium, Ministerialdirigent und Abteilungsleiter für Medien, und wir haben schon vor über 25 Jahren den Kurs Medienkunde eingeführt, seit ein paar Jahren haben wir auch das Fach Medienbildung und Informatik, ganz bewusst Medienbildung am Anfang. Als Medienanstalt bilden wir auch die Lehrerinnen und Lehrer fort. Das sind Dinge – ich will jetzt nicht von anderen Ländern reden –, aber wo ich sage, das hat auch Effekte und auch Notwendigkeiten, weil das nicht nur ein Hilfeschrei von Eltern ist, sondern es ist auch eine Notwendigkeit, dass Schule dort tätig ist.

Auf allen Ebenen wirken heißt auf gut Deutsch: Im Land lokale, regionale, landesweite und viele bundesweite Projekte haben und diese zusammen natürlich mit der Wissenschaft, mit anderen Akteuren, mit der Forschung – wir machen auch mit dem Weizenbaum-Institut sehr viel – in diesem Bereich auch tätig zu sein und die Dinge auch verstehen und dann einordnen können und das für unsere Berichte umlegen, auch zum Beispiel den Medienkompetenzbericht, der Ihnen ja auch vorliegt und andere und Zusammenarbeit mit der Medienwelt. Wir arbeiten jetzt gerade sehr stark daran, mit ARD und ZDF zum Beispiel auch der didacta, aber auch in anderen Bereichen zusammenzuarbeiten. Der Föderalismus – das sei auch noch mal erwähnt – ist da eine große Stärke. Wir lernen dann immer auch von denen, die gute und beste Ideen haben.

Jetzt komme ich langsam mal zu den Marken. Wir haben starken Marken, Sie kennen Sie vielleicht, wenn Sie Eltern sind sowieso. FLIMMO kennt man, früher war es das Fernsehen, heute ist es Games, Onlinewelt und so weiter, wo ganz viel für junge Eltern und Eltern erklärt wird, was denn da wirklich sinnvoll ist, was das überhaupt für eine Sendung oder ein Game ist oder was man darunter überhaupt verstehen soll, weil sie können sich meistens nicht dahinsetzen – sollten sie vielleicht, aber machen sie nur bedingt – und es auch dann versuchen nachzuspielen oder machen es auch nur ein bisschen. Also FLIMMO sei mal erwähnt oder zum Beispiel Klicksafe, eine ganz tolle, europaweit vom Safer Internet Day geprägte Veranstaltung, die sich aber als Institution in Thüringen, in Deutschland, überall ganz stark immer wiederfindet, nicht bloß an diesem besonderen Tag in Februar, sondern über das ganze Jahr, gerade für Eltern, Schüler und auch Jugendliche. Beim Internet-ABC gehen wir selbst seit zehn, fünfzehn in die Grundschulen. Auf internet-abc.de gibt es ganz viele Informationen für Lehrer, für Eltern und natürlich für die Kinder. Ich habe es schon oft erlebt, wenn wir dann diese Elternabende machen – die Kinder bekommen eine Woche lang ein Projekt und die Lehrer werden fortgebildet – und die Eltern bekommen von den Kids vorgeführt, was sie als Dritt- und Viertklässler überhaupt am Netz verstanden haben und schon können, sind sie meist sprachlos. Wir haben das JUUUPORT, das ist ein Peerprojekt, wo also Jugendliche mit Jugendlichen umgehen, beim Handysektor wird man unterstützt. ZEBRA sei erwähnt, das machen die Kollegen in NRW, da kriegen sie 24/7 innerhalb von einem Tag eine Antwort auf eine Frage. Kollegen aus Baden-Württemberg sind gerade dran, einen Chatbot zu entwickeln, MeLina, wo man auch fragen kann und so weiter. Das würde jetzt alles viel zu weit führen, kann ich aber gern noch vertiefen, wenn es gewünscht ist.

Was sind die Schwerpunkte, die wir haben? – Vor allem geht es um das Thema KI, Desinformation war ja eben schon erwähnt werden. Aber auch Kontakt Risiken sind unheimlich wichtig, zu wissen, was ist mit Cybergrooming los, wenn man eine Tochter hat, dass man versteht, was eigentlich Cybermobbing ist, Sexting. Was ist da los? Wie muss ich damit umgehen? Wie kann ich meine Tochter, das Kind, die Jugendlichen, die bei mir in der Familie leben, auch ein gut Stück weit davon erklären, wo es auch kriminell wird, wenn sie bestimmte Dinge herumschicken. Man muss verstehen, diese Geräte sind nicht nur uns an die Hand gewachsen, sondern den Kids erst recht und dann machen sie es auch in etwas verrückten Zeiten und dann auch leider in verrückten Situationen, dass sie Dinge fotografieren oder auch weiter-schicken.

Das Ganze ist überhaupt nicht nur Kindersache. Ich habe es ja eben schon kurz skizziert, das geht bis zu den älteren Menschen. Meine Mutter wird nächste Woche 90 und rief mich die Tage schon wieder an und sagte: Ich habe schon wieder einen Anruf bekommen, dass die Tochter, die hier in Berlin arbeitet, in der Charité im Krankenhaus wäre und als sie sie dann sprechen wollte, haben die aufgelegt. Das heißt, dieser Enkeltrick und andere Sachen, da sind wir am Anfang dieser ganzen Geschichte. Sie sind Politiker, unsere Stimmen sind alle im Netz, man kann uns relativ einfach faken und kann damit Dinge machen, die wir uns noch gar nicht vorstellen können. Deswegen muss man nicht nur die Kinder, nicht nur die Lehrkräfte, nicht nur die Erzieherinnen und Erzieher, die Eltern, sondern auch die Senioren genauso fit machen und ihnen Angebote geben, nicht paternalistisch. Die ältere Generation hat eine riesige Lebenserfahrung und sie dort abzuholen und ihnen zu zeigen, wie sie diese neue Welt auch besser bedienen können, gerade auch KI, wir machen das sehr viel zum Beispiel in Gera, in unserem Medienbildungszentrum, ist es immer wieder eine große Freude zu sehen, wie viele das dann auch nutzen, aber natürlich auch in ihrer Peergroup weitergeben.

Vorsitzender Andreas Otto: Sie müssten langsam zum Schluss kommen!

Jochen Fasco (Beauftragter für Medienkompetenz der Landesmedienanstalten): Genau! – Interaktiv, das ist eine Seite auf der Seite der Landesmedienanstalt, die Sie vielleicht interessiert; wir arbeiten in vielen Bereichen von den Games – da ist ein Projekt in Baden-Württemberg, der Feed ist ganz spannend, wird aber bundesweit benutzt –, im Bereich Nachrichten, Social Media und mit vielen Projekten in den 14 Landesmedienanstalten in 16 Ländern.

Ich komme zum Schluss. Medienkompetenz ist Teamarbeit, das heißt aber Zusammenarbeit auch mit vielen Institutionen, und das ist vielleicht ein kleiner kritischer Punkt der Zivilgesellschaft. Wir haben auch mit der Kirche geredet und wissen natürlich, dass die sehr interessiert sind, haben aber gemerkt – egal, welche Kirche das jetzt ist –, dass man da schon noch einen Schritt braucht um zu sehen, dass man auch in den Gemeindekreisen und in den Ausbildungen des Nachwuchses vielleicht auch Themen wie KI, Moral, Ethik, auch der digitalen Gesellschaft da mit hineinnehmen könnte. Da könnte noch mehr passieren. Auch die politischen Stiftungen machen viel, können und müssen noch mehr machen, finde ich persönlich. Die Öffentlich-Rechtlichen haben das Thema aufgegriffen und sind jetzt sehr aktiv, und ich glaube, von Schule bis Wirtschaft, gerade auch die großen Unternehmen, könnten da noch mehr tun.

Ich komme zum Schluss. Am Ende, ich glaube, dass wir wirklich viel tun, thüringenweit, bundesweit, in Berlin-Brandenburg, dass wir am Ende Materialien – das ist das eine – haben, aber dass wir herausgehen, weil Medienbildung ist wie Stricken, Sie können das nicht über eine PowerPoint oder über eine Plakatwand lernen, Sie müssen es ausprobieren, Sie müssen verstehen, wie man diese Dinge macht. Das ist unheimlich wichtig und deswegen dieser direkte Austausch, diese Materialien, die natürlich vertiefen, die Angebote vor Ort sind extrem wichtig. Dafür wird Geld benötigt, für den Achtjährigen in der Schule, für die Elfjährige, wenn die Eltern oder die Lehrer sie für das Thema Cybergrooming fit machen wollen, für die Schwiegermutter, aber auch für uns selbst, und am Ende ist, glaube ich, jeder Cent – und deswegen bin ich dankbar, was eben vom Staatssekretär gesagt wurde –, den wir für Medienbildung ausgeben, gut ausgegebenes Geld ist. Wir als Thüringer, auch die alte Landesregierung, die neue denke ich auch, haben auch diese Dreiprozentforderung in den Raum gestellt, gerade für die Vertiefung und Verstärkung von lokaler Vielfalt, aber eben auch für den Bereich der Medienkompetenz. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Das war ein bisschen drüber, aber nicht minder interessant. – Wir sammeln jetzt Wortmeldungen, es hat sich aber noch keiner gemeldet, vielleicht ist ja auch alles geklärt. – Frau Ahmadi wird für Bündnis 90/Die Grünen anfangen. Wenn es weitere Wortmeldungen gibt, einfach melden! – Bitte schön!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch Ihnen vielen Dank, dass Sie den weiten Weg nach Berlin gefunden haben und unserer Einladung gefolgt sind! – Ich habe drei Fragen, und zwar: Welche Auswirkungen sind jetzt von dieser Grundsatzentscheidung zu erwarten? Welche Anforderungen beziehungsweise Änderungen sollen die Plattformen jetzt vornehmen? Wie werden diese dann vonseiten der Medienanstalten entsprechend begleitet?

Jochen Fasco (Beauftragter für Medienkompetenz der Landesmedienanstalten): Welche Grundsatzentscheidung meinen Sie, wenn Sie sagen die Grundsatzentscheidung?

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Es geht um die Zulassung und Aufsicht der Landesmedienanstalten. Ich muss jetzt meine eigenen Notizen lesen, das Gutachten von Prof. Oster in der Folge und die mabb-Verfahren bei Google und Perplexity?

Vorsitzender Andreas Otto: Wir sammeln die Fragen, ja?

Jochen Fasco (Beauftragter für Medienkompetenz der Landesmedienanstalten): Gerne!

Vorsitzender Andreas Otto: Dann ist jetzt Frau Kühnemann-Grunow für die SPD-Fraktion dran.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Das ging ja schnell! – Ich fange mit dem Thema öffentliche Infrastruktur an. Ich hatte in meinem Eingangsstatement schon auf die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie abgehoben, aber hier wäre für mich noch mal interessant, wie öffentliche Infrastruktur besser miteinander verknüpft werden kann. Jeder wurschtelt so ein bisschen für sich.

Dann das Thema Phänomene, wie Filterblasen: Wir bewegen uns da alle drin. Es ist immer sehr selbstreferenziell, wie durchbrechen wir was das ganze Thema erhöhte Screentime angeht? Welche Möglichkeiten gibt es a) da herauszutreten, und b) wie schaffen wir es auch, mal einen Endpunkt zu setzen? Doomscrolling et cetera sind ja Phänomene, mit denen wir viel zu tun haben.

Das Letzte, ich weiß, Sie sind in Thüringen sehr aktiv, da würden mich noch mal Best Practice Beispiele interessieren. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht. – Doch, Herr Häntsch für die CDU-Fraktion.

Stefan Häntsch (CDU): Dann hat es mich jetzt doch noch mal herausgelockt. Ich möchte für die CDU-Fraktion zumindest eine Frage ergänzen, die bisher nicht gestellt wurde, und zwar ist das die Frage zum Grad der Zielerreichung. Die Aufgabe ist ja – wie Sie es uns auch geschildert haben –, die Medienkompetenz zu fördern. Wie können Sie feststellen, inwieweit Sie mit Ihrer Aufklärungsarbeit, die Sie dort machen, dann tatsächlich durchdringen und inwieweit das auch Erfolg hat? Wenn Sie sagen, das mit den Schockanrufen wird immer mehr. Merken Sie, dass die Leute in der Lage sind, das einzuordnen, dass das einen Erfolg hat, was Sie gemacht haben, und wie können Sie das feststellen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Das war kurz! – Herr Eschricht für die AfD-Fraktion.

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank! – Ich werde mich auch kurz halten. Vielen Dank, Herr Fasco, für Ihren interessanten Vortrag! – Ich habe noch eine Frage, und zwar: Jugendschutz ist ganz wichtig, da sind wir derselben Meinung. Jugendschutz ist ja einer der wenigen Bereiche, in dem in Deutschland die Zensur auch möglich ist. Immer, wenn ich Jugendschutz und Medienkompetenz höre, habe ich immer als Oppositioneller so ein bisschen Angst, wie-

weit das auch mit Dual Use einhergeht. Sie vertreten ja die Medienanstalt Thüringen, jetzt ist nach Best Practice, wahrscheinlich ja beim Jugendschutz, gefragt worden, aber wie kann man denn verhindern, dass Instrumente und Ideen, die für den Jugendschutz entwickelt wurden, um da Heranwachsende vor entwicklungsschädigenden Inhalten zu schützen – da sind wir ja alle einer Meinung –, dann nachher unter anderem Vorwand verwendet werden, um den Ideenwettbewerb zu verzerren? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Damit ist die Redeliste abgearbeitet. – Ich würde jetzt zunächst den Staatssekretär noch drannehmen und ihm das Wort geben und dann wären Sie mit der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen an der Reihe. – Bitte schön, Herr Staatssekretär Hauer!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Herr Fasco, für Ihren engagierten Vortrag und überhaupt auch für Ihre sehr engagierte Arbeit! – Thema Medienkompetenz: Ich glaube, auch da sind wir uns einig, dass das ein ganz entscheidender Hebel ist, um dort bestimmten Entwicklungen entgegenzuwirken. Thüringen ist – auch so viel kann ich hier als Vertreter des Landes Berlin sagen –, was die Stärkung der Medienkompetenz angeht, wohl, glaube ich, Musterland, was sicherlich auch Ihrem persönlichen langjährigen Einsatz zu verdanken ist, dass Sie da so gut aufgestellt sind und dort auch für uns auch ein bisschen Vorbild und wir uns daran auch orientieren.

Wir haben auch im Tagesordnungspunkt davor und in der Anhörung auch darüber gesprochen, was auch die Medienaufsicht angeht, aber was auch die Grenzen der Medienansicht angeht. Wir haben jetzt ja auch bei Ihnen, aber auch davor, gehört, dass es bestimmte Bereiche gibt, wo man auch mit klassischen Mitteln und Instrumenten der Medienaufsicht gar nicht mehr reinkommen kann. Also, wenn Leute sich im Privaten austauschen – und das ist auch meine Wahrnehmung, dass immer mehr Informationsaustausch und damit auch das Sichinformieren über irgendwelche Chatgruppen stattfindet, WhatsApp, Ähnliches –, dann sind das geschlossene Räume, da kommt die Medienaufsicht nicht hinein, und da soll die Medienaufsicht auch nicht hineinkommen. Da sehe ich dann auch als Hebel nur die Prävention über die Stärkung der Medienkompetenz. Ich denke, da sind wir uns auch einig. Klar, ich fand es jetzt auch interessant, dass wir noch einmal über die Menschen gesprochen haben, also uns nicht nur auf junge Menschen, Kinder, Schülerinnen und Schüler fokussieren, sondern auch sagen, dass es auch speziell bei älteren Menschen dort die Notwendigkeit gibt. Sie haben eben das Beispiel der Schockanrufe genannt, die dort gezielt mit ganz speziellen psychologischen Aspekten arbeiten, und ich glaube, davor ist niemand gefeit, auch junge Menschen wären dort nicht sicher, wenn sie Adressat eines solchen Schockanrufes sind. Ich wollte noch mal die Möglichkeit nutzen, da noch eine Frage zu stellen, gezielt mit Blick auf junge Menschen, Schülerinnen und Schüler. Ich denke auch, dass das der Schwerpunkt sein muss, dass wir dort an der Medienkompetenz arbeiten. Da geht es ja nicht nur um Desinformation, um politische Kommunikation, da geht es auch darum, dass man junge Menschen vor Mobbing, vor Cybergrooming und ähnliche Phänomene schützt. Das ist höchstgefährlich, auch jenseits der politischen Ebene. Da würde ich gern von Ihnen noch mal hören, mit Blick dann auf die politischen Entwicklungen hier in Berlin, sprich, dass sich bald auch eine neue Koalition in Berlin bilden wird und dort auch Weichenstellungen für die nächsten fünf Jahre vornehmen muss, was Sie dort aus Ihrer Sicht noch einmal haben, was Sie uns auch mit auf den Weg geben würden, also uns, denen, die künftig – – Ich meine jetzt mit uns nicht zwingend mich persönlich, also ich meine mit uns im Sinne die politische Ebene hier in Berlin, die dann künftig hier

dann auch die Weichen stellt, was man dort machen kann, welche Weichen man wohin stellen sollte, welche Schwerpunkte man auch dort festlegen sollte, wie man die Ressourcen einsetzt. Wenn Sie dort noch ein paar Dinge hätten, die Sie uns mit auf den Weg geben könnten, da wäre ich Ihnen dankbar!

Vielleicht können Sie auch noch einen Satz sagen – auch wenn Sie sagen, dass das jetzt nicht klassisch Ihr Zuständigkeitsbereich originär ist –, aber auch zum Thema, was auch diskutiert wird, was eigentlich Smartphoneverbot zumindest an Grundschulen angeht, wie Sie dazu stehen, weil auch das wird ja politisch diskutiert und sicherlich dann auch Gegenstand der anstehenden Koalitionsverhandlungen. Da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dazu noch mal etwas zu sagen könnten! – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Das war jetzt interessant, das ist in der Geschäftsordnung gar nicht vorgesehen, dass Staatssekretäre Fragen stellen, aber wir freuen uns, dass auch Sie lernbegierig und neugierig sind. Insofern lasse ich das mal zu! – Damit sind wir am Ende der Frageunde und landen jetzt wieder bei Ihnen, Herr Fasco, und Sie können versuchen, die Fragen alle zu beantworten.

Jochen Fasco (Beauftragter für Medienkompetenz der Landesmedienanstalten): Alles klar, mache ich gern! – Ein bisschen muss ich Recht geben, es ist nicht einfach, ein Projekt mit einer Zahl – keine Ahnung, das war jetzt eine 1,3 – insgesamt zu versehen, also Standards zu entwickeln über alle Medienbildungsangebote, über alle Zielgruppen, das ist superschwer, diskutierbar schon seit geraumer Zeit, weil die Frage war: Wie kriegt Ihr raus, was ist gut, was ist vielleicht nicht so gut? – Ich kann nur sagen: Wir evaluieren, wir fragen jedes Mal bei unseren Veranstaltungen: Wie habt ihr das gefunden? –, und nehmen die Kritik auf und bearbeiten das natürlich dann auch, und wir wollen dann auch am Ende, wenn ich ehrlich bin, nicht verschweigen, dass nahezu – In Schulen, wir machen das seit Jahrzehnten, wenn wir in Schulen gehen, die Kolleginnen und Kollegen sind meistens mit im Bus – der wird übrigens immer kleiner –, wenn die zurückfahren, dann sind meistens schon die Anrufe der Schule da: Kommt doch wieder zurück! Kommt wieder für eine Woche hin! Wir sind also gar nicht in der Lage, allen diesen Wünschen gerecht zu werden, zum Glück gibt es noch andere Institutionen, aber wir sind eine öffentliche. Man muss auch eins sagen, dass wir wirklich als staatsferne, wirklich unabhängige Einrichtung – Kein Mensch hat uns und kann uns, außer unserem Gremium, wie hier das Parlament, eine Regierung, keiner kann uns sagen, was wir zu tun haben und das wird auch schon estimiert und gewertschätzt. Wir sind nicht so eine Art – das soll jetzt nicht falsch verstanden werden, weil es nämlich gar nicht so ist –, aber die Landeszentrale wird zum Beispiel als Teil einer Regierung gesehen – das kriege ich in Diskussion mit –, aber wir werden als unabhängige und damit auch gewertschätzt angesehen. Da gehen wir dran, und natürlich versuchen wir, diese Ziele dann immer vorher zu formulieren und dann auch diese Dinge zu hinterfragen.

Gefragt worden ist auch noch nach den Auswirkungen Grundsatzentscheidung, Änderungen der Plattform, das war, glaube ich, von Ihnen gewesen. Die Europäische Kommission hat das Thema Medienkompetenz längst als wichtig angesehen. Es gibt ganz tolle Papiere, es gibt ganz tolle Beschlüsse. Es gibt auch wirklich auch in der AVMD-Richtlinie und anderen wirklich wichtige und notwendige Paragraphen. Unter anderem steht in der AVMD-Richtlinie drin, dass sich die großen Plattformen mit diesem Thema beschäftigen müssen. Das machen sie auch, sagen sie uns. Aber wenn wir sie als Landesmedienanstalt einladen – und ich habe diese

Runden ja geführt –, dann sagen sie uns: Eigentlich seid ihr gar nicht zuständig! Eigentlich sagte einer zum Beispiel, müssten das die Kollegen in Irland machen, die machen das halt nicht, die fragen uns nicht. Wir machen da schon viel, und dann kommt auch eine Riesenliste, wo ich auch denke, da ist noch ein bisschen mehr Luft drin. Ich finde auch generell, dass die Frage – Ich war mal bei RTL als junger Direktor, und da hat uns RTLZWEI erzählt, was sie alles Tolles im Bereich der Werbekompetenz in Schulen machen. Als der draußen war, sagten die Kollegen zu mir: Na ja, das kann man doch alles nicht glauben! Die erzählen das natürlich nur, weil sie sollen, dass die Leute viel Werbung schauen, die sind doch gar nicht ehrlich, wahrscheinlich zumindest nicht, und nichts gegen RTLZWEI! Dann ist mir am Ende klar geworden, wir müssen auch immer, wenn wir die Wirtschaft auffordern, selbst aktiv zu werden, auch sehen, dass sie natürlich auch in einem großen Spagat ist, aber sie sollten und müssten, vielleicht auch mit Stiftungen und anderem, in dem Bereich, finde ich, mehr tun, und deshalb sollten hier die Plattformen auch stärker in die Pflicht genommen werden.

Eine andere Frage war – das geht auch so ein bisschen in die Richtung, was der Herr Staatssekretär gefragt hat –, wie die öffentliche Infrastruktur stärker verknüpft werden kann. Ich komme gleich noch zu den Filterblasen, und da kann ich Ihnen nur sagen, was wir machen und was ich vor sieben, acht, neun Jahren mit auf den Weg gebracht habe, nämlich erst mal das – das haben Sie bestimmt auch –, dass alle relevanten Ressorts, auch der oder die Datenschutzbeauftragte, ich glaube, noch zwei, drei andere wichtige Stellen, eine Kooperationsvereinbarung geschlossen haben. Jetzt sage ich Ihnen ganz ehrlich: Papier ist sehr geduldig. Dass man kooperieren will, ist selbstverständlich, dass man da auch irgendwelche Ziele formuliert, ja, das wird dann irgendwann abgerechnet, ist ein bisschen dünn. Wir haben aber Druck gemacht und immer wieder nachgefragt, und am Ende war eines der Dinge – und die haben sich als tolle Idee und Projekt entwickelt – sehr erfolgreich. Wir hatten eine Fachstelle vorgeschlagen, und zwar eine Fachstelle, wo die Ressorts ihre Referatsleiterinnen und Referatsleiter hin entsenden, wenn die Fachstelle sich desorganisiert trifft. Die Fachstelle soll quasi die Silohaftigkeit – bei allem Respekt vor den Regierungen – der Ressorts ein Stückchen durchbrechen. Natürlich macht das Bildungsministerium tolle Sachen im Bereich Bildung, das Sozialministerium im Bereich Senioren und Familie und und und, und am Ende ist es aber sinnvoll, an einen Tisch zu kommen und nicht im Ressortdenken zu bleiben. Wir haben diese Fachstelle vor zwei Jahren gegründet, die ist bei der Landesmedienanstalt angesiedelt, wir sind ein fünfter Partner, jetzt haben wir noch das Digitalministerium dazugewonnen, das Bildungsministerium, die Staatskanzlei ist dabei und das Sozialministerium. Wir sind gerade dabei – verraten Sie es nicht! –, noch das Innenministerium hineinzuholen, weil die digitale Gesellschaft und Medienkompetenz wird am Ende in der Kommune, in der Fläche gewonnen und hinkommen. Wir werden, glaube ich, insgesamt gesehen, dadurch auch viel mehr in einen Diskurs gebracht, was man tun kann. Beispiel: Warum soll nicht eine Bildungsplattform für Schülerinnen und Schüler auch genutzt werden, Inhalte für Eltern, vielleicht auch Großeltern, im Bereich Medienkompetenz, Bildungskompetenz, Informationen über bestimmte Dinge auch mit vorzuhalten, weil die ja sowieso immer an- und ausgemacht wird und den ganzen Tag an ist und damit auch vielleicht mit den Kids die Dinge gleich besprechen kann. Diese Fachstelle funktioniert, finde ich, sehr gut, wir verlängern sie gerade. Deswegen kann ich das hier nur als Tipp geben. Andere Länder haben sich auch schon dafür interessiert.

Gefragt worden ist auch noch nach den Filterblasen, nach Screamtime. Es ist jetzt auch ein großes Thema bei den Klagen, die gerade in Amerika laufen, dieses Doomscrolling, diese suchtmachenden Effekte, und ich muss Ihnen ehrlich sagen, wenn ich auf Instagram oder

TikTok unterwegs bin, ich bin immer noch baff, wie schnell die mich dazu bringen, länger zu machen als ich will, und das geht uns so, aber den Kids noch viel schlimmer, und so gesehen, ist es am Schluss eine Frage der Regulierung, eine Frage der Eigenverantwortung von Plattformen, und wenn sie jetzt in Amerika richtig einen auf den Deckel kriegen und richtig gesagt bekommen, dass sie das vielleicht sogar richtig mit Geld bezahlen müssen, was sie an Fehlern machen, wacht vielleicht der eine oder andere auf. Ich glaube, wir machen das natürlich sowieso. Das ist DNA und normales Eins-plus-eins-Geschäft, die Kids, die Jugendlichen, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer über diese Dinge zu informieren, auch dass man Verträge in der Familie macht, indem man sagt: Du hast jetzt noch eine Stunde! Ich weiß, das ist sehr viel Theorie, aber das ist zumindest der Anfang von einem bewussteren Umgang.

Eine andere Frage war nach dem Jugendschutz und Zensur. Zensur ist es ja nicht, weil Zensur ist, zumindest nach dem, was wir in Deutschland, was vielleicht politisch immer wieder gebracht wird, da sind wir auch – das sei erlaubt an dieser Stelle – Herr Höcke hat in Thüringen vor drei Wochen nach einem dieser Geschichten mit Ben ungeskriptet gepostet: Die Landesmedienanstalten sind Zensurbehörden! Wenn ich an die Macht komme und die absolute Mehrheit habe, werde ich die Landesmedienanstalt in Thüringen auflösen! – Er hat das übrigens letzte Woche in einem anderen Interview ein bisschen relativiert, da sagte er: Der Leiter und die Kollegen sind ja gute Leute! Er war nämlich auch mehrere Jahre bei uns im Gremium Mitglied. Aber ich muss sagen, das hat mich schon ein bisschen geschockt, dass er sagt: Das sind Zensurbehörden! –, und wir sind keine Zensurbehörden. Zensur ist Vorzensur, ich muss irgendwo hingehen und sagen: Ich will das veröffentlichen, darf ich das? –, und das macht in Deutschland keiner, darf auch keiner machen, das ist verboten. Was wir machen, ist nichts anderes, als rechtliche Regeln durchsetzen, und wenn jemand zum Beispiel Hakenkreuze oder irgendwelchen Schweinkram ins Netz stellt, dann muss er oder sie eben damit rechnen, dass man sagt: Das ist rauszunehmen! Dann wird er oder sie im Zweifel sogar strafrechtlich verfolgt. Aber wir können – das ist ja unser Part – dann auch mit den Plattformen die Dinge besprechen, dass es rausgenommen wird. So gesehen, ich habe auch keine Angst vor diesen Dual Use. Ich glaube wirklich, es ist eine Form von Verständnis, wie diese Dinge funktionieren, und das ist auch das, was wir meistens, wenn wir mit den Älteren, aber auch mit Eltern reden, auch mit Pädagoginnen und Pädagogen ganz wichtig, viele verstehen, wissen gar nicht den Unterschied zwischen Öffentlich-Rechtlichem und Privatrundfunk. Viele haben kein Gefühl dafür, wer hinter diesen Plattformen steht, viele wissen auch gar nicht, wie diese ganzen Medienwelt funktioniert, interessieren sich auch nur bedingt dafür. Deswegen müssen wir schon wissen und merken, auch Regierungen und wer auch immer dafür tätig sein kann, sollte klarmachen: Es wird wirklich dafür mehr Medienkompetenz benötigt und Ideen, damit man die Dinge auch nutzt!

Zur Frage des Staatssekretärs, Herr Graf, da kann ich Ihnen – – Wir schauen ja alle auf das Bild von [unverständlich], und aus meinem Arbeitszimmer schau ich auf den Ort Buchenwald, wo er 1940 umgebracht worden ist, und wenn man das weiß und wenn man das mitkriegt, auch rigide Debatten in Thüringen, dann ist man bewusst dabei zu sehen, dass Demokratie kippt, zumindest wackelt. Deswegen muss man sehr stark – und das war die Frage, wo man hingehen soll – natürlich in diesen Bereich Informations- und Nachrichtenkompetenz gehen. Bei den Jüngeren und Jüngsten vielleicht auch schon zu verstehen, was Journalismus ist. – [Zuruf Eschricht] – Ich will es gar nicht verharmlosen, ich will nur sagen: Wir erleben gerade, was passieren kann – ich will gar nichts verharmlosen, im Gegenteil –, wenn Diskurse kippen, und wenn man nicht mehr glaubt und nicht mehr weiß, wie man auch vielleicht ver-

trauensvolle Medien oder Quellen finden kann, und deswegen muss man das in Schule, aber auch in anderen Formen, lernen, vielleicht sogar über die öffentlichen und anderen Medien noch ein Stück stärker kommunizieren. Deswegen glaube ich schon – wir sind da auch gerade in der Diskussion, ähnlich das, was Eva Flecken gesagt hat –, ob wir die Bürgerradios noch stärker in den Bereich Informations- und Nachrichtenkompetenz beauftragen, über Gesetz natürlich, das wollen wir selbst nicht machen, und ob wir am Ende diese Thematik viel mehr in den Vordergrund stellen, neben der auch notwendigen KI-Kompetenz, Digitalkompetenz und anderen Sachen. Wir glauben wirklich, dieses Verständnis für Medien als ein ganz wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft ist bei vielen abhandengekommen. Natürlich ist Cybermobbing, Cybergrooming, Sextausch alles wichtig, und da machen wir auch viel, aber das andere ist auch vielleicht momentan ein ganz kleines Stückchen mehr in der Priorität. Ich kann Ihnen ein Beispiel sagen, das kennen Sie alle – jetzt geht es nicht um die Informations- und Nachrichtenkompetenz –: Wo ist Klaus?, oder irgend so ein Typ, ein älterer Mann, klingelt und so einen Jungen sprechen will, der oben spielt, und dann kommen aber ganz viele Leute an dem vorbei, bis hin zu Rotlicht- und Gewaltgeschichten, weil der Junge oben am Computer spielt. Wir haben überlegt, ob wir so ein Prebunking-Video als Medienanstalten machen sollten. Ob wir es mal wieder machen, eine Sache oder zwei, drei Videos, die dann auch wirklich viral gehen, und wir konnten es nicht, weil wir das Geld dafür nicht haben.

Deswegen ist die zweite Bemerkung: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Rundfunkbeitrag angepasst wird, dass er – zumindest wenn er eingefordert wird –, dass das auch gemacht wird, dass wir am Ende vielleicht auch diesen höheren Anteil haben. Ich glaube, das ist ganz wichtig, und ich glaube auch, dass wir insgesamt gesehen dann in eine digitale Welt gehen, die einerseits – da machen wir unseren Job als Medienanstalt auf jeden Fall – diese repressive Arbeit als notwendig ansieht, aber andererseits auch viel mehr noch den Bereich mit vielen anderen der Medienkompetenz und der digitalen Befähigung dieser digitalen Gesellschaft auch machen lässt. So gesehen, wäre das mein Vorschlag: Mehr Kraft rein – so war auch der Titel meines Vortrags – in den Bereich Medienkompetenz! – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Wir bedanken uns ganz herzlich bei Ihnen und schließen auch diesen Tagesordnungspunkt ab. – Herr Eschricht hatte sich noch mal gemeldet, aber ich würde jetzt keine Wortmeldungen mehr zulassen, weil wir mit unserem Zeitplan nicht gut liegen. – Also wir schließen den Tagesordnungspunkt ab. Wir bedanken uns ganz herzlich, dass Sie hergekommen sind, Herr Fasco, wünschen Ihnen eine gute Heimreise und werden sicherlich auch an diesem Thema weiterarbeiten müssen, auch in der nächsten Legislaturperiode! Danke schön! – Wir schließen den Punkt ab, das Wortprotokoll bekommen wir, und dann können die Fraktionen und die Damen und Herren Abgeordneten weiter damit umgehen. – Wir kommen zum

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion:
Update 2026**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0246](#)
BuEuMe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Die Deep Tech Berlin Agenda im Kontext der
Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-
Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0277](#)
BuEuMe

Ursprünglich hatten wir hier eine Anhörung geplant. Aus verschiedenen terminlichen Gründen hat es für heute mit den Anzuhörenden nicht geklappt. Das heißt, wir machen das ohne Anhörung, diskutieren das mit dem Senat, das ist ja sicherlich auch sehr fruchtbar. – Zunächst machen wir die Begründung, das ist ja genauso wie bei den anderen Punkten, und dann geht es los mit der Debatte. Wir begrüßen – wir hatten auch darum gebeten – die Wirtschaftsverwaltung, Frau Dr. Ulle! Sie können sich ja dann gegebenenfalls noch kurz vorstellen, also die Wirtschaftsverwaltung ist vertreten. Ansonsten bitten wir natürlich den Staatssekretär, uns für den Senat die wichtigen Informationen und Diskussionsbeiträge hier zu liefern! – Wollen wir trotzdem ein Wortprotokoll machen für Berlin-Brandenburg? – Ich sehe Zustimmung. – Es beginnt mit der Begründung für den Punkt 6 a. Da hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mich gebeten, das zu machen, und damit würde ich jetzt mal in der Rolle des Fraktionsmitgliedes beginnen. Danach machen wir die Begründung für Punkt 6 b, und dann geben wir vielleicht erst mal dem Senat das Wort für eine Berichterstattung.

Andreas Otto (GRÜNE): Also, Begründung strategischer Gesamtrahmen: Wir haben diesen strategischen Gesamtrahmen jetzt über fünf Jahre. Wir haben uns damals sehr gefreut, auch als Bündnis 90/Die Grünen, das ist ja eine Zeit gewesen unter der Regierung Müller war das, glaube ich, noch, da hat das angefangen.

Seitdem haben wir das Gefühl, dass dieser gute Start damals so ein bisschen ins Stocken geraten ist. Wir hatten als Länder in der Metropolregion sehr viel vor: Infrastruktur, denken Sie an i2030, gemeinsamer Wohnungsmarkt, gemeinsame Krankenhausplanung, gemeinsame Wasserstrategie, gemeinsame Wasserstoffstrategie, ganz viele Sachen, und die wollen wir heute ein bisschen beleuchten, weil wir das Gefühl haben, es hakt an ganz vielen Stellen und ist nicht weitergegangen. Vielleicht kann der Staatssekretär uns heute sagen, wo unser Eindruck vielleicht gar nicht richtig ist beziehungsweise was der Senat die letzten drei Jahre eigentlich gemacht hat mit diesem großen Thema der Zusammenarbeit mit dem Nachbar- oder nennen wir es Schwesterland Brandenburg.

Aktuell erkennen Sie die Schwierigkeiten zum Beispiel an den Diskussionen und Debatten um gemeinsame Projekte, gemeinsame Großveranstaltungen, so etwas wie die Expo, die IBA oder Sportveranstaltungen. Das ist alles schwierig zusammen zu organisieren. Jetzt wird natürlich hier nachher gesagt werden: Na ja, das liegt mindestens auch an dem anderen Land, an dem Land Brandenburg, aber ich denke, wir denken als Bündnis 90/Die Grünen, auch Berlin muss mehr Energie in diese Zusammenarbeit hineinstecken. Das Ganze kann man illustrieren mit dem, wie sich die Industrie- und Handelskammern – die Wirtschaft ist so ein Gradmesser – äußern. Das ist, glaube ich, immer eine Basis für eine Diskussion auch hier, und das ist aber auch ein Gradmesser dafür, wie viel Strukturpolitik gemeinsam gelungen ist. Ich will kurz einen Satz sagen aus einer Pressemitteilung der beiden Industrie- und Handelskammern, das war an dem Fall Berlin und Cottbus. Da hat der Präsident gesagt: Die Wirtschaftsregion funktioniert, aber sie wird nicht gesteuert. Der Satz, den er da gesagt hat, ist: Die politischen Strukturen hinken der Realität hinterher.

Wir sind also in den politischen Strukturen nicht gut, und es könnte alles besser sein. Das betrifft aus Sicht der Wirtschaft die Arbeitsmarktfragen, die Fachkräftegewinnung auch im Ausland. Das betrifft gemeinsame Entscheidungsfindung. Das ist die Kritik, und die kann und muss man teilen, dass die Landesregierungen nicht gut zusammenkommen. Wir hatten Wahlen in Brandenburg. Dann gab es noch einen Regierungswechsel in der Legislaturperiode. Da kann man sagen, das sind alles Schwierigkeiten, aber Wahlen dürften eigentlich die Arbeit im politischen Raum und in der Verwaltung nicht aufhalten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, und ich glaube, da müssen wir mehr machen. Heute ist das so eine Art Bilanz, eine Art Abschluss, und natürlich muss auch dieses Thema in der neuen Legislaturperiode ganz groß angefasst und zum Wohle aller in der gesamten Metropolregion verbessert werden. Damit will ich erst mal mit der Begründung aufhören und dann nachher sicherlich noch ein paar konkretere Fragen stellen.

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt ist der Vorsitzende wieder da und ruft auf die Begründung für 6 b, das ist der Punkt: Die Deep Tech Berlin Agenda im Kontext der Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, und fragt, wer das begründen möchte. – Das macht Herr Häntsch für die Koalition in dem Fall. – Bitte schön!

Stefan Häntsch (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Dann mache ich das für die Koalition. Sie haben die Probleme mit dem Gesamtrahmen Hauptstadtregion im Prinzip angesprochen. Wir glauben in dem Zusammenhang schon, dass die zurückliegenden Wahlen, insbesondere in Brandenburg, das Vorankommen in diesem Programm beeinflusst haben. Politische Wahlen haben natürlich nicht unmittelbaren Einfluss auf die Exekutive, aber sie setzen neue Schwerpunkte. Insofern sehen wir es so, deshalb ist unsere Frage im Kontext auch ein wenig

enger gezogen, dass wir das Thema Deep Tech ansprechen möchten. Deep Tech steht für Technologien, die auf wissenschaftlichen Durchbrüchen beruhen und tiefgreifende Innovationen ermöglichen. Dazu gibt es auch die Deep Tech Berlin Agenda. Berlin ist einer der führenden Innovationsstandorte Europas. Mit dieser Deep Tech Berlin Agenda setzt die Hauptstadt einen strategischen Rahmen, um technologische Umbrüche schneller in Anwendung, Wertschöpfung und gesellschaftlichen Nutzen zu bringen. Das heißt, wir wollen das ganze Thema etwas enger ziehen und sind sehr gespannt, was die Diskussion hierzu bringt. Dabei will ich es erst mal, mit der Begründung zumindest, belassen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann würden wir den Staatssekretär bitten, einleitend die Sache zu präsentieren. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Abgeordneter Otto! In letzterer Funktion haben Sie gefragt. Sie wollen heute eine Bilanz ziehen, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Vielleicht noch mal zwei generelle Anmerkungen oder Vorbemerkungen von meiner Seite: Zum einen, dass die Zusammenarbeit mit Brandenburg für den Berliner Senat von höchster strategischer Bedeutung ist, muss ich hier nicht noch einmal betonen und bekräftigen, denn das ist klar, und das zeigt sich, wie ich finde, auch in unserer Arbeit. Zum anderen vielleicht noch die allgemeine Vorbemerkung und Einordnung: Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg ist mehr als der von Ihnen beschriebene strategische Gesamtrahmen, der in erster Linie ein Handlungsrahmen ist und politische Leitlinien enthält. Das muss man sich vielleicht auch noch mal vergegenwärtigen, dass es mehr ist, und dass, wenn man dort einen strategischen Gesamtrahmen feststellt, es dort aus Ihrer Sicht, und das ist auch der Hintergrund sicherlich Ihrer Frage, Optimierungsbedarf gibt, heißt nicht, dass die Zusammenarbeit mit Brandenburg nicht sehr gut funktioniert und von unserer Seite nicht mit Nachdruck vorangetrieben wird.

Was gibt es sonst? – Ich will nur ein Beispiel nennen. Die Tatsache, dass wir regelmäßig gemeinsame Kabinettsitzungen haben, gehört auch zur Zusammenarbeit, auch der Austausch auf der parlamentarischen Ebene. Ich habe den Rhythmus nicht präsent, wie oft sie sich dort gemeinsam mit den Abgeordneten treffen oder Vertreterinnen und Vertretern des Brandenburger Landtages. Auch das ist etwas, was zur Zusammenarbeit gehört und was sicherlich auch eine gute Plattform ist, um bestimmte Dinge voranzutreiben, anzustoßen et cetera. Ich kann für die Senatskanzlei sagen, aber mein Eindruck ist, auch für andere Senatsverwaltungen, dass die in den jeweiligen Bereichen sehr wohl zusammenarbeiten und vor allem auch immer die Zusammenarbeit mit Brandenburg mitdenken. Ich kann aus dem Bereich der Senatskanzlei an der Stelle sagen: Für den ganzen Bereich Medien ist es selbstverständlich, allein schon wegen des rbb, dass es dort eine sehr enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei in Potsdam gibt. Das ist hier bekannt, aber auch andere Dinge an der Stelle, auch im Bereich Verkehrspolitik. Wenn wir uns gemeinsam mit Brandenburg bemühen, dass wir die Eisenbahnstruktur in der Region ausbauen wollen, gerade auch mit Blick auf unser östliches Nachbarland Polen, wenn wir uns gemeinsam darum bemühen, dass wir den Flughafen Berlin-Brandenburg besser anschließen, dort mehr internationale Flugverbindungen hinbekommen. Ein Beispiel auch bei uns aus der Senatskanzlei ist, das relativ jung noch ist, das betrifft auch die Wirtschaftsverwaltung, dass wir Berlin als Standort für Resilienz und Sicherheitsindustrie ein Stück weit voranbringen wollen. Auch dort denken wir Brandenburg selbstverständlich mit, weil wir Berlin und Brandenburg als einen gemeinsamen Wirtschaftsraum empfinden,

der unterschiedliche Standortvorteile hat, und wenn die beiden gemeinsam einbringen, dann profitieren am Ende alle davon.

Ich habe hier schon Beispiele genannt, woran ich arbeite, was ich mir vorstellen kann und wo ich jetzt hoffe, dass mit dem politischen Wechsel in Brandenburg wir dort auch noch mal einen Anlauf nehmen können. Das ist zum Beispiel die Außenhandelspolitik, wo wir noch besser zusammenarbeiten könnten. Ich habe hier als Stichwort das Thema gemeinsame Auslandsbüros genannt, wo wir vielleicht zum einen unsere Region gemeinsam besser vermarkten können, aber auch mit Blick auf die knappen Ressourcen vielleicht auch Synergieeffekte heben können. Da fällt mir einiges ein an der Stelle, was wir jetzt schon tun mit Nachdruck und auch strategischen Zielen verbunden. Daran werden wir weiter arbeiten. Ich spreche jetzt also für den Senat. Egal, wer künftig dem Senat angehört, bin ich mir ganz sicher, dass auch der nächste Senat an dieser Stelle in diesem von mir beschriebenen Sinne weiterarbeiten wird.

Was die Strategie selbst angeht, gab es Überlegungen und Wünsche, dass man diese Strategie anpasst. Da könnten dann auch Dinge berücksichtigt werden, über die wir vielleicht gleich noch sprechen, wo auch Sie sicherlich sagen werden, dass Dinge dort nicht optimal sind, wo man vielleicht mit Blick auf Praktikabilität noch einmal nachschärfen kann. Da muss ich dann aber anmerken oder gehört auch zur Wahrheit, dass es in Brandenburg einen Regierungswechsel gegeben hat, eine Veränderung der Zusammensetzung der Regierung, dass damit auch ein Wechsel der Zuständigkeit für diesen Bereich einherging. Das liegt dann jetzt beim Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung. Auch das hat sicherlich dazu geführt, dass es da zu einer Verzögerung gekommen ist, was eine Überarbeitung angeht. Das wollte ich hier der Vollständigkeit halber noch erwähnen.

Zu dem anderen Thema, was Deep Tech angeht, was auch von Herrn Häntsch angesprochen wurde, wird sicherlich die Kollegin aus der Wirtschaftsverwaltung noch etwas sagen. In dem Zusammenhang möchte ich nur erwähnen, dass auch die Senatorin Giffey und die Brandenburger Wirtschaftsministerin Klement im Juli die gemeinsame Innovationsstrategie vorgestellt haben, auch ein weiteres Beispiel für die gelebte Zusammenarbeit heute, aber auch mit Blick auf strategische Ziele in der Zukunft. Das vielleicht von meiner Seite einleitend, und dann würde ich, wenn der Bedarf besteht – – Wollen Sie hierzu schon etwas zum Thema Deep Tech sagen, oder wollen wir das vielleicht dann im Rahmen der Fragerunde machen? – Dann gebe ich Ihnen das Mikro.

Vorsitzender Andreas Otto: Frau Dr. Ulle, bitte!

Dr. Jane Ulle (SenWEB): Danke schön! – Vielen Dank, dass ich eingeladen wurde! Mein Name ist Jane Ulle. Ich leite das Referat Industrie und Innovation in der Berliner Wirtschaftsverwaltung, das heißt, in meine oder in die Zuständigkeit meiner Kollegin und mir fällt das Politikfeld Innovationspolitik. Sie wissen, die Innovationspolitik ist das Handlungsfeld oder Politikfeld, wo wir schon seit sehr langer Zeit auf strategischer Basis zusammenarbeiten. 2011 ist bereits die erste gemeinsame Innovationsstrategie ins Leben gerufen und von den damaligen Landesregierungen verabschiedet und seitdem kontinuierlich fortgeschrieben worden. 2019 hatten wir die letzte Fortschreibung vor den multiplen Krisen, die uns in den letzten Jahren viel bewegt haben. Genau das war auch der Anlass, um eine Weiterentwicklung dieser gemeinsamen Strategie in Angriff zu nehmen, vor dem Hintergrund, den Herr Hauer bereits beschrieben hat. Es bestanden nie Zweifel an dem politischen Willen der gemeinsamen Zu-

sammenarbeit in diesem Feld. Deswegen haben wir gesagt, wir brauchen eine angepasste Strategie, die die aktuellen Rahmenbedingungen in den Blick nimmt und darauf Antworten gibt.

Was meine ich damit ganz konkret? – Durch multiple Krisen, geopolitische, technologische, wirtschaftliche, ökologische Krisen, ist diese Zeit gekennzeichnet, und daraus ergeben sich Herausforderungen, auf die Antworten gefunden werden müssen. Der Draghi-Bericht aus der EU hat sehr klar diagnostiziert, wo Handlungsbedarf im Bereich der Innovationspolitik besteht. Er hat verschiedene Innovationslücken identifiziert, die dazu führen, dass Europa im globalen Wettbewerb mit China und den USA immer mehr ins Hintertreffen gerät. Die sogenannten Research Transfer und Scanning Gap versuchen wir zu adressieren mit unserer neuen Innovationsstrategie, die wir gemeinsam mit Brandenburg aufgelegt haben, der InnoBB 2035, und die wir aus Berliner Sicht mit der Deep Tech Berlin Agenda füllen wollen. Dem Strategieprozess ist ein sehr intensiver Analyseprozess vorausgegangen, in dem festgestellt wurde, dass Berlin und Brandenburg sehr unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen haben und auch sehr differenziert zu betrachten sind, was das Innovationsgeschehen anbelangt. Trotzdem verfügt jedes Land über Stärken, die komplementär sind, und wenn es uns gelingt, diese komplementären Stärken zusammen zu poolen, dann haben beide Länder Vorteile davon, und das war die Motivation dafür, diese neue Strategie aufzulegen. Die Berliner Stärke besteht in der sehr starken Forschungs- und Wissenschaftslandschaft, und dieses Asset müssen wir nutzen, um daraus die Forschungsergebnisse wirtschaftlich zu verwerten und daraus Wohlstand ableiten zu können. Genau das macht die Deep Tech Berlin Agenda. Sie identifiziert die Technologiebereiche und Anwendungsfelder der Technologien, in denen Berlin über besondere Stärken auch im regionalen Vergleich verfügt und wo sich daraus besondere Wachstumspotenziale ergeben. Die wollen wir in Zukunft stark in den Fokus nehmen und unsere Ressourcen und Kapazitäten darauf fokussieren, um am Ende Wachstum und Wertschöpfung in der Region zu halten und zu stärken. Das vielleicht als einführende Worte.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich sammele Wortmeldungen. Gibt es die, sonst melde ich mich erst mal selber für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Andreas Otto (GRÜNE): Ich will noch mal versuchen, das ein bisschen zu vertiefen. Es ist alles allgemein. Irgendwie läuft es, aber wir müssen konkret werden. In so einem Ausschuss, in so einer Zusammenarbeit, in so einer Region kommt man mit Allgemeinplätzen nur begrenzt weit. Deswegen will ich noch mal konkret ein paar Fragen aufwerfen. Wie ist denn jetzt die Einschätzung des Senats zu diesem strategischen Gesamtrahmen? Reicht der aus? Ist das ein guter Rahmen? Wo muss er ergänzt werden? Welche Themenfelder, die neu aufgetaucht sind, kommen dabei bisher vielleicht gar nicht vor? Ich will an das Thema kritische Infrastruktur erinnern. Das ist bisher nicht vorgesehen gewesen. Da haben Sie uns gesagt, da soll eine Arbeitsgruppe entstehen. Das ist, glaube ich, im November 2025 gewesen. Da soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe entstehen. Im April haben wir gefragt, wie es denn dieser Arbeitsgruppe geht. Da hat sich herausgestellt, dass sie noch nicht angefangen hat. Gibt es die inzwischen? Das muss doch Chefsache sein. Kritische Infrastruktur ist nach den verschiedenen Vorkommnissen, insbesondere in Berlin, ein Riesenthema, wo wir möglicherweise viel Geld und Know-how aufwenden müssen, um in der ganzen Region besser zu werden. Wie ist da der Stand?

Ein zweites praktisches Beispiel ist die Zusammenarbeit im Gesundheitssektor, also die gemeinsame Krankenhausplanung. Die haben wir auf dem Papier, und im April 2024 auf der gemeinsamen Kabinettsitzung ist noch mal betont worden, wie wichtig das ist, und da ist ein Grundlagenpapier zur Krankenhausplanung angekündigt worden. Das haben wir bisher nicht gesehen. Seit über zwei Jahren warten wir auf dieses Grundlagenpapier. Angesichts der Tatsache, dass gerade von der Bundesebene im Bereich Gesundheitspolitik und Krankenhausplanung – – Das hat alles riesige Auswirkungen, dass man sich in diesem Rahmen besonders vorbereiten muss als Metropolregion mit einer gemeinsamen Planung. Da haben wir das Gefühl, dass das stockt. Da geht es nicht voran.

Ein anderes Thema ist: Wir sagen immer, was Berlin und Brandenburg am meisten verbindet, ist die Spree. Wir wissen alle, irgendwann wird das Wasser knapp, und deswegen soll es eine gemeinsame Wasserstrategie geben. In einer Anfrage von mir im April wird in der Antwort darüber gesprochen, dass es noch verschiedene rechtliche Fragen zu klären gäbe, bevor man zu einer gemeinsamen Wasserstrategie kommt. Wann werden die denn von wem mal geklärt? Dieses Thema Zusammenarbeit beim Wasser von Bergbau, Lausitz, Spree, die Spree fließt rückwärts, das Wasser wird weniger. Wir haben prognostizierte Mehrbedarfe. Es gibt Debatten darüber, ob man Wasser aus der Ostsee entsalzen muss, und es gibt Debatten darüber, ob man Wasser aus der Elbe umleiten soll. Bei all diesen Fragen haben wir nicht den Eindruck, dass es irgendwie vorangeht. Da sind aber Themen benannt, die unabhängig von Wahlen und von allem möglichen, ob man gerade getagt hat oder nicht, bearbeitet werden müssen. Das ist ganz wichtig, und deswegen will ich zu diesen drei Themen, kritische Infrastruktur, Wasser und Gesundheit gerne noch mal vertieft wissen, wie der Senat bisher an diesen Themen gearbeitet hat, ob er überhaupt daran gearbeitet hat, vielleicht haben wir das nur nicht mitbekommen, und was da Ihre Schlussfolgerungen für die Zukunft sind.

Eine letzte Frage zu dieser Deep Tech Agenda: Das klingt alles hochinteressant, und es ist auch wichtig, dass wir so etwas in Berlin haben, wenngleich einem natürlich als Erstes die Frage kommt: In der vergangenen Woche mussten mehrere Senatsverwaltungen das Internet abstellen, weil sie Hackerangriffen ausgesetzt waren. Wir haben insgesamt den Eindruck, dass die IT des Landes und der Landesverwaltung Berlin selbst nicht besonders Deep Tech ist. Ist in diesem Zusammenhang als Anwendungsbeispiel geplant, sich auch auf die IT des Landes Berlin und der Landesverwaltung zu konzentrieren? Man hat immer das Gefühl, wenn man solche Sachen in der Zeitung liest, wir sind noch kurz hinter Windows 95. Wenn wir schon so etwas machen, so eine Agenda haben, die Forschung in Berlin nutzen und voranbringen wollen, was kommt da an praktischen Anwendungen für die eigene IT des Landes Berlin heraus? Damit will ich es erst mal mit meinen Fragen bewenden lassen.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich bin jetzt wieder Vorsitzender und frage, ob es weitere Wortbeiträge gibt. – Herr Schatz hat sich gemeldet, und dann Herr Häntsch. – Herr Schatz für die Linksfraktion, Sie haben das Wort!

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Um vielleicht beim letzten Mal anzuknüpfen: Wenn man über die Innovationsstrategie und die Deep Tech Agenda redet, dann stellt sich schon die Frage: Wird Berlin beispielsweise als Ankerkunde gegenüber Innovationsunternehmen auftreten und beispielsweise die Bedarfe, die wir im Bereich der Digitalisierung zweifelsohne haben, dort anmelden und versuchen, eigene Bedürfnisse zu erfüllen und

letztlich den Leuten einen Umsatz zu generieren? Auch das ist wichtig, wenn Start-ups mit neuen Ideen auf den Markt kommen.

Vielleicht noch mal vorweg: Mit Blick auf die Uhr finde ich es, ehrlich gesagt, ein bisschen schwierig, das aus meiner Sicht doch sehr wichtige Thema Berlin-Brandenburg in den letzten zehn Minuten der vorletzten Sitzung zu besprechen und dann eher mit so: Na ja, man weiß es nicht, wo da die Leidenschaft liegt. – Ich habe relativ wenig herausgehört. Das wird dem Thema nicht gerecht, und das spiegelt auch ein bisschen die Situation wider. Herr Staatssekretär! Wenn Sie sagen, das ist schon in Ordnung mit der Zusammenarbeit, und das wird schon und so, dann erinnere ich mich nur an die öffentliche Auseinandersetzung um die Frage der Abstimmung der gemeinsamen Ausrichtung. Ich habe es vergessen, war es die Expo oder waren es die Olympischen Spiele, also eines von diesen Luftschlössern, wo dann tatsächlich herauskam, die Regierungen haben gar nicht miteinander geredet. Das war dann lustig, dass am Rande der parlamentarischen Konferenz in Brandenburg der Finanzsenator und der brandenburgische Finanzminister, war es, glaube ich, erstmals darüber miteinander geredet haben. Das ist nicht sachgerecht, und auch das spiegelt die Situation wider, vor der wir stehen, obwohl wir große Herausforderungen haben.

Ich will trotzdem noch ein paar konkrete Fragen zur Innovationsstrategie und Deep Tech Agenda stellen. Wo greifen dann beide Sachen wirklich ineinander? Vielleicht gibt es schon konkrete Projekte, wo Sie das mal erklären können, also von der Forschung über Forderung über das Testfeld bis in die Skalierung. Wann ist natürlich dann auch wichtig. Dann kommen verbindliche Roadmaps mit messbaren Zielen, Zuständigkeiten und hinterlegten Mitteln, denn auch darum wird es gehen. Welche Finanzierungen sind denn gesichert, oder geht es im Wesentlichen darum, dass man auf den Bund, die EU und privates Kapital hofft?

Die öffentliche Beschaffung hatte ich schon angesprochen bei dem Thema Ankerkunde im Bereich der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Wie würden wir die öffentliche Beschaffung so verändern, dass Berlin früher Kunde innovativer Lösungen wird und insbesondere bei Start-ups und kleineren und mittleren Unternehmen?

Dann noch ein Thema, das uns als Linksfraktion immer sehr am Herzen liegt. Wie ist denn die Verbindung zu Gute Arbeit an dieser Stelle? Binden wir unsere Innovationsförderung beispielsweise auch an so etwas wie Tarifierung und Mitbestimmung, also dass es in den Start-ups auch Betriebsräte gibt, Qualifizierung und Beschäftigungssicherung?

Last but not least: Vielleicht können Sie das nicht beantworten, aber vielleicht haben Sie ein Feedback aus Brandenburg dazu. Wo liegt denn aus Brandenburger Sicht der konkrete Mehrwert dieser Deep Tech Agenda? Welche gemeinsamen Transfer- und Wertschöpfungsketten funktionieren bereits? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt habe ich noch Herrn Häntsch für die CDU-Fraktion.

Stefan Häntsch (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Seitens der CDU-Fraktion bestehen keine Zweifel daran, dass der Senat dort seine auf ihn zufallenden Hausaufgaben gemacht hat und an diesem Gesamtrahmen der Hauptstadtregion intensiv arbeitet. Der Begriff Hauptstadtregion sagt es schon sehr deutlich: Berlin kann immer nur so gut sein, wie es die Kooperationsbereitschaft beziehungsweise der Kooperationswillen unseres benachbarten Bundeslandes

zulassen. Wenn bestimmte Dinge dort noch nicht funktionieren oder man über bestimmte Dinge noch nicht sprechen kann, ist es natürlich für den Senat schwierig, dort hineinzukommen, denn es ist eine gemeinsame Angelegenheit und eine gemeinsame Besprechung.

Dennoch möchte ich noch mal zwei Sachen herausgreifen und dabei ein Stück weit auch generalisieren und die Frage stellen: In welchen Bereichen arbeiten Berlin und Brandenburg besonders gut zusammen? Gibt es da etwas, was Sie herausstellen können und sagen: Hier läuft es schon mal gut, und es könnte auch eine Blaupause für alle anderen Sachen sein? Die zweite Frage, die ich stellen möchte, lautet: Wie steht denn die Region Berlin-Brandenburg im Vergleich zu anderen Standorten in Deutschland und Europa da? Funktioniert das hier besonders gut? Funktioniert das gar nicht? Sind wir schon relativ weit gekommen, oder wo wollen Sie dort noch hin? – Das wäre es von meiner Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke! – Dann ist die Redeliste abgearbeitet. Ich habe auch niemanden übersehen. Dann würden wir jetzt dem Staatssekretär das Wort zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen geben. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank! – Ein breites Spektrum an Themen, die hier adressiert wurden. Ich versuche, das in der gebotenen Kürze der Zeit zu Ihrer Zufriedenheit zu beantworten. Herr Vorsitzender! Sie haben eingangs die Anmerkung gemacht, ich persönlich hätte hier vor allem mit Allgemeinplätzen gearbeitet. Das wundert mich etwas, weil ich doch sehr konkrete Projekte genannt habe. Deswegen war ich da etwas überrascht und hoffe, dass ich diesen Eindruck nicht – – Ich würde das gerne nicht zurückweisen in dem Sinne, aber hoffe, den Eindruck zu entkräften.

Sie fragten konkret: Wie geht es weiter, und wo ist aus unserer Sicht eigentlich der Verbesserungs- und Optimierungsbedarf beim strategischen Gesamtrahmen? – Ich habe vorhin schon gesagt, dass wir auch die Praktikabilität im Blick haben, und das gehört auch zur Wahrheit, dass dieser Rahmen, wie wir ihn jetzt haben, vielleicht unter praktischen Gesichtspunkten nicht das Ende der Entwicklung ist und wir uns darauf auch ein Stück weit konzentrieren sollten. Was meine ich mit Praktikabilität? – Was Controlling und Ähnliches angeht, müssen wir feststellen, es gibt keine Lenkungskreise oder ähnliche Formate. Allein so etwas wäre vielleicht schon hilfreich, um dann mehr Messungen vorzunehmen auf die Dinge, die man sich dort vorgenommen hat, dass man sich bestimmte Fristen setzt und vielleicht auch Kriterien formuliert, die man dort im Lenkungsreis dann besprechen und sagen kann: Das haben wir vielleicht nicht so erreicht, wie wir uns das vorgenommen haben. Das könnten wir noch nachschärfen. Ich glaube, ein solcher Lenkungsreis könnte mit Blick auf Governance, Praktikabilität und Effektivität der Strategie sicherlich hilfreich sein. Das ist etwas, was uns vorschwebt. Ich habe eben auch schon darauf hingewiesen, dass es eine Regierungsumbildung in Brandenburg gab, dass die Zuständigkeit, die Federführung in ein anderes Ministerium gewandert und es deswegen zu einer Verzögerung gekommen ist. Wir stehen Gewähr bei Fuß, um dann diese Gespräche und die Nachjustierung, gerade was die Governance-Struktur angeht, so schnell wie möglich nachzuholen.

Ein kurzer Einschub: Herr Schatz! Sie sagten zu mir, Sie vermissen ein bisschen die Leidenschaft an der Stelle. Ich habe hier schon oft genug die Brandenburger Perspektive miteingebracht und habe auch ganz konkret gesagt: Bei konkreten Projekten – jetzt rede ich nicht nur über so Dinge, was aber auch nicht zu unterschätzen ist und nichts, was mit dem Gesamtrah-

men unmittelbar zu tun hat – haben wir darüber gesprochen, dass wir nach dem Vorbild wie beim Oberverwaltungsgericht Behörden zusammenlegen, dass wir darüber Synergieeffekte heben, wo es sich anbietet. Ich habe vorhin über die Auslandsbüros gesprochen. Ich habe hier schon des Öfteren darauf hingewiesen, dass wir auch in Brüssel noch stärker zusammenarbeiten wollen, weil ich es absurd finde, dass wir dort zwei Landesvertretungen haben, die aneinander vorbeiwinkeln mit sehr begrenzten Ressourcen im Vergleich zu großen westdeutschen Bundesländern. Das habe ich hier schon des Öfteren dargestellt, dass wir bemüht sind, dort mehr gemeinsame Formate aufzulegen, gemeinsame Veranstaltungen, eine gemeinsame Marke zu entwickeln in Brüssel, um dort gemeinsam aufzutreten. Das möchte ich an der Stelle noch einmal wiederholen, dass wir auch da ganz konkrete Projekte haben, auch als Senatskanzlei, an denen wir arbeiten.

Ich kann auch da sagen, die Initiative geht meistens von Berlin aus, zumindest in den konkreten Beispielen, die ich gerade genannt habe.

Sie haben, Herr Otto, konkrete Themen genannt: KRITIS, Gesundheit, Wasser, Wasserstrategie. Das war das Ergebnis einer gemeinsamen Kabinettsklausur, wo es jetzt im Einzelnen dort hakt. Sie haben von rechtlichen Schwierigkeiten gesprochen, die dort in einer Antwort auf einer parlamentarische Anfrage von Ihnen genannt wurden. Ich kann Ihnen im Einzelnen nicht sagen, was diese konkreten rechtlichen Schwierigkeiten gerade sind. Auch bei den anderen Bereichen wie Gesundheit bitte ich um Nachsicht. Das ist vielleicht in einem anderen Fachausschuss besser aufgehoben, um über die Details zu reden. Ich will nur an der Stelle verdeutlichen, und das wurde eben auch erwähnt: Es gehören immer zwei dazu. Wenn wir über Brandenburg sprechen habe ich manchmal das Gefühl, dass, wenn Berliner über Brandenburg sprechen, vor allem an Potsdam und den Berliner Speckgürtel denken und manchmal vergessen, dass Brandenburg viel größer ist, und zwar nicht nur Teile Brandenburgs geographisch weit weg sind von Berlin, sondern auch wirtschaftlich, politisch und Ähnliches. Jemandem in der Lausitz ist nicht damit geholfen, dass er ein Krankenhaus in Berlin hat, wo er vielleicht eine Maximalversorgung bekommt. Das ist ganz weit weg, und zwar nicht nur im wahrsten Sinne des Wortes, also nicht nur im übertragenen, sondern auch im praktischen Sinne des Wortes. Der ist nicht interessiert an einem solchen Thema. Der möchte, dass er ein Krankenhaus vor Ort hat. Vielleicht ist es dann für ihn einfacher, nach Sachsen in ein Krankenhaus zu fahren. Ich will nur darum bitten, dass man das bedenkt, dass Brandenburg ein sehr großes Land im geographischen Sinne ist und dass viele Menschen in Brandenburg weit weg sind von Berlin und vielleicht anders auf die Metropolregion blicken, als wir das hier im politischen und geographischen Zentrum Berlin tun.

Zum Thema KRITIS, das Sie ansprachen, will ich einmal grundsätzlich anmerken: Ja, Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg ist wichtig, aber gerade beim Thema KRITIS oder dem Thema, das Sie ansprachen, Herr Schatz, der Digitalisierung, bringt es nichts, nur auf zwei Bundesländer zu schauen, sondern das sind Themen, wo wir den Blick weiten müssen, und zwar über geographische Grenzen hinweg, sprich: beim Thema – Sie hatten es auch angesprochen – Digitalisierung, aber auch Beschaffung, Vergabe. Ich glaube, da wäre es viel sinnvoller, dass wir nicht über Kooperationen zwischen zwei Bundesländern nachdenken, sondern eher gucken, dass wir bundesweit einheitliche Regelungen haben und bundesweit dort zusammenarbeiten, also mit anderen Bundesländern, aber auch mit dem Bund. Das gilt für den ganzen Bereich Vergabe, Digitalisierung, aber auch für Bereiche wie KRITIS. Es hilft jetzt nichts, wenn wir beim Thema KRITIS nur mit Brandenburg zusammenarbeiten würden, sondern da sollten wir den Blick weiten. Das vielleicht von meiner Seite zu den Punkten, die Sie ansprachen.

Sie haben noch das Thema Digitalisierung mitreingebracht. – Ja, das leuchtet mir aufgrund der aktuellen Vorkommnisse ein. Darüber müssen wir sprechen, das habe ich auch an anderer Stelle schon gesagt, aber ich glaube nicht, dass es ein Thema ist, das wir unter dem Tagesordnungspunkt Berlin-Brandenburg originär besprechen sollten, sondern da sehe ich andere Anknüpfungspunkte und andere Stellen und Orte, wo man das besprechen sollte. Das ist eine Bitte, eine Anregung, dass das vielleicht auch der Diskussion förderlich wäre.

Ich hoffe, in der gebotenen Kürze der Zeit die Fragen der Abgeordneten beantwortet zu haben. Noch mal abschließend, wie gesagt, dass es dort, wie immer im Leben, Verbesserungs-

bedarf gibt. Ich habe nicht nur, was die Themen angeht, auch das Thema Governance-Struktur im Rahmen der Strategie, des strategischen Gesamtrahmens – – Aber es nicht so, dass diese Regierung, dieser Senat dort nicht wirklich ein großes Interesse an der Zusammenarbeit gehabt hat. Das gilt auch für die politische Ebene. Das gilt für die Senatsmitglieder. Das gilt für den Regierenden Bürgermeister, der ein sehr gutes und enges Verhältnis mit dem Ministerpräsidenten Woidke hat. Auch das kann ich hier noch einmal bestätigen. Da gibt es sehr gute Zusammenarbeit, ich auf meiner Ebene mit den Kollegen in der Staatskanzlei in Potsdam. Da gilt das Gleiche, Herr Graf mit seiner Kollegin in der Staatskanzlei. Da gibt es überall eine wirklich sehr gute vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich bin mir sicher, dass auch der nächste Senat anknüpfen und in diesem Sinne weiterarbeiten wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Ich würde sagen, dass wir diesen Punkt abschließen. Weitere Wortmeldungen sind nicht zu sehen. Das war dann der Tagesordnungspunkt 6. Wir haben unter 7 und 8 noch zwei Anträge auf der Tagesordnung. Jetzt ist die Frage, ob wir die vertagen sollen. Das wäre gut. Wir haben manchmal schon ohne Debatte abgestimmt. Das müssten die einreichenden Fraktionen kurz signalisieren. – Herr Schatz!

Carsten Schatz (LINKE): Herr Vorsitzender! Ich fahre Ihnen ungern in die Parade, aber ich hatte ein paar konkrete Fragen gestellt, und vielleicht, wenn jetzt die Zeit nicht mehr ist, fände ich es gut, wenn sie schriftlich beantwortet werden könnten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Sie sind jetzt noch im vorigen Tagesordnungspunkt zum Gesamtrahmen. Ist das denkbar?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Grundsätzlich schon, aber ich habe schon versucht, die Fragen zu beantworten. Deswegen müssten Sie mir sagen, welche konkreten Fragen aus Ihrer Sicht offen geblieben sind.

Vorsitzender Andreas Otto: Könnten Sie eine Mail zur Erinnerung über das Ausschussbüro schicken mit den drei Fragen, die Ihrer Meinung nach nicht beantwortet wurden? – Dann machen wir das.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1607
„Rainbow Cities Network“ stärken und neue
Mitgliedsstädte gewinnen

[0153](#)
BuEuMe(f)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache 19/2928

**Mehr Sicherheit und Umweltschutz auf Berliner
Wasserstraßen: Rückkehr zur 5-PS-Grenze für
führerscheinfreie Sportboote jetzt umsetzen!**

[0245](#)

BuEuMe(f)

InnSichO*

Sport

UK

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.